

Das Abonnement

auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
2 1/2 Sgr.

Bestellungen

nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate

(1/4 Sgr. für die fünfzeilige
Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 6. September. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den nachbenannten Personen Orden und Ehrenzeichen zu verleihen, und zwar: den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse: dem Herzoglich braunschweigischen Direktor des Kriegs-Kollegiums, Obersten Gille; den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse: dem königlich hannoverschen Chef der Militär-Bäckerei und Vorstände der Etappen-Kasse zu Hannover, Major a. D. Preißer, so wie den königlich hannoverschen Etappen-Kommissären, Oberamtmann Dr. Schramme zu Alfeld, und Major a. D. Frensbart zu Hildesheim; den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: den königlich hannoverschen Etappen-Kommissären, Postverwalter Boettcher zu Groß-Lafferde, und Postmeister Kruedeberg zu Coppenbrügge, so wie dem Stadt-Kämmerer Walterling zu Wolfenbüttel; das Allgemeine Ehrenzeichen: dem Herzoglich braunschweigischen Bezirksfeldwebel und Vorstände des Etappen-Büreaus zu Eichershausen, Bosse.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Kreisgerichts-Rath Moers in Frankfurt a. D. zum Appellationsgerichts-Rath in Rati-
bor zu ernennen.

Der Berg-Referendarius Wilhelm Follenius zu Bonn ist zum Berg-Amtsrath ernannt worden.

Am Gymnasium zu Stettin ist den ordentlichen Lehrern Wilhelm Stahr und Dr. Karl Stahr das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Nr. 208 des Staatsanzeigers enthält den Allerhöchsten Erlaß vom 15. August 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Kiszowo nach der Schrobauer Kreisgrenze in der Richtung auf Budewis.

Telegramme der Posener Zeitung.

Kassel, Freitag 5. September, Abends. Ein durch das Gesetzblatt veröffentlichtes Ministerial-Ausschreiben vom heutigen Tage überträgt die nach der Geschäftsordnung der Ständeverammlung vom 20. Juli 1848 dem bleibenden Ständeausschusse zugewiesenen Wahlprüfungen der Landtagskommission, in Vereinigung mit drei bis fünf von dieser zu bestimmenden Abgeordneten.

Weimar, Freitag 5. September. Heute hielt der deutsche Handwerkertag seine erste Sitzung, an welcher 202 Mitglieder Theil genommen; in derselben wurde nur der Beschluß gefaßt, alle deutschen Handwerker in einen deutschen Handwerkerverbund zu vereinigen. Morgen soll die Organisation des Handwerkertages stattfinden.

London, Freitag 5. September, Vormitt. Mit dem „Nova Scotian“ eingetroffene Berichte aus New York vom 27. v. Mts. melden, daß 15,000 Konföderirte in Kentucky eingefallen seien. Der unionistische General Morgan hatte ein Korps der Konföderirten bei Cumberland Gap zurückgeworfen. Die Indianer von Minnesota sind im Aufstande. In den Nordstaaten werden die Werbungen lebhaft betrieben. Präsident Lincoln soll erklärt haben, daß er die Aufrechterhaltung der Union wolle; man möge die Sklaverei abschaffen, oder zum Theil oder ganz beibehalten, wenn nur durch eins dieser Mittel die Union erhalten werden könne.

Ragusa, Freitag 5. September. Vorgestern haben zu Cetinje Verhandlungen zwischen dem türkischen Feldherrn und dem Fürsten von Montenegro unter Theilnahme des hiesigen russischen Konsuls stattgefunden. Die Pforte verlangt Anerkennung ihrer Souveränität und freien Durchzug für türkische Truppen durch Spuz, Nikschin und anderwärts. Sollten diese Forderungen zurückgewiesen werden, so werden die Operationen gegen Cetinje heute beginnen.

Der Pauperismus in unserer Provinz.**I.**

Der Nationalökonom beurtheilt den Wohlstand eines Landes oder einer Provinz nach dem Konsum, besonders an feineren Lebensgenüssen, wobei der Verbrauch von Kolonialwaaren eine Rolle spielt.

Dieser Anschauung nach, gehört unsere Provinz zu den armen; denn Bodli, Häring und Kartoffeln haben noch das Uebergewicht. Die Schlussfolgerung trifft vollkommen zu; denn die Provinz ist die ärmste des preussischen Staats, und ist es aus sehr nahe liegenden Ursachen.

Vor der preussischen Besitznahme bestand die Bevölkerung aus Herren und Knechten, jene im Besitz großer wüster Landgüter wußten denselben keine Erträge abzugewinnen, noch weniger dieselben für den Betrieb ihrer Wirthschaften nutzbar zu machen und kämpften mehrtheils um deren Erhaltung im Status quo; diese, Proletarier im eigentlichen Sinne des Wortes, von der Gnade ihrer Herren abhängig und in ihrer hilflosen Unwissenheit und Verkommenheit ganz auf dieselben angewiesen, lebten, ohne den Trieb nach einer sicheren Existenz von einem Tage zum anderen, jedem seine eigne Sorge überlassend, in dem hergebrachten Zustande ohne Abnung eines besseren Daseins gedankenlos und bedürfnislos fort. Nur der Hunger bewegte diese träge Masse. Wenn ihr Herr nichts hatte, hatte auch sie nichts, und sie trugen dann den Jammer gemeinschaftlich in möglichster Fassung.

Diese Fälle ereigneten sich um so häufiger, als bei sehr mangelhafter Wirthschaftsweise auch häufige Missernten eintraten, und von einem Hinübernehmen von Vorräthen aus einem Jahr ins andere nur selten die Rede sein konnte. Es waren dies in der That noch ganz primitive Zustände. Und darum ist es im Grunde ganz erklärlich, daß

sich aus ihnen heraus kein Handwerker- oder Mittelstand gebildet hat; denn es fehlte dazu an allen Vorbedingungen. Der Adel, im Ganzen auch ziemlich bedürfnislos, nicht vermögend, verschaffte sich, soweit er die Mittel dazu hatte, mit seinem Bedarf aus dem Auslande, der andere kleine arme Adel konnte allein keinen Handwerkerstand erhalten, der Leibeigene nicht einmal Schneider und Schuhmacher; seine dürftige Bekleidung zu machen, war der Erste Beste Meister genug. Bauhandwerker bildeten sich nicht, weil die elendeste Bauart vorherrschte und selbst großer Grundbesitz oft nicht ein Wohnhaus aufzuweisen hatte, das auch nur den bescheidensten Ansprüchen an einen gewissen Komfort genügt hätte. Erst in den letzten Jahrzehnten sind die Strohhuden von den Edelfitzen verschwunden. Die gewöhnliche Ansicht ist, das Eindringen und Umsichgreifen der Juden hätte das Aufkommen eines dritten Standes in Polen verhindert. Diese Ansicht ist aber falsch. Die Juden brachten wenigstens Cirkulationsmittel ins Land, durch welche die Lebensbedürfnisse vermehrt zu werden pflegen, sie hätten also eigentlich auf Förderung des Gewerbes einwirken müssen; aber mit nichts. Das Geld, was der Jude dem Christen gab, kehrte stetig zu ihm zurück, ohne durch die Hand des Gewerbetreibenden gegangen zu sein. Der Edelmann verspielte es in den Karten, der Leibeigene verbrachte es, weil Beide keines höheren Genusses fähig waren. So war es und blieb es Jahrhunderte lang.

Kein Wunder, daß diese Existenz, welche jede höhere Lebensaufassung ausschloß, zu vollkommener Lethargie führte, die Armuth den Geist tödtete.

Zwar hat die preussische Gesetzgebung mit der Aufhebung der Hörigkeitsverhältnisse unendlich viel Gutes gestiftet, aber die Spuren jener traurigen Verhältnisse sind noch nicht ganz getilgt. Das ganze Werk kann nur vollbracht werden durch die gemeinsame Arbeit der Schule und der Kirche, und sehr bald würde überall ein neuer Geist wehen, wenn die letztere durchweg ihre Aufgabe begriffe, das Loos des arbeitenden Standes unablässig im Auge behielte und mit allem Nachdruck auf dessen sittliche Erhebung hinwirkte. Sie hat an diesem Stande vieles Unrecht zu räumen; denn sein Loos hat sie sich früher nie nahe gehen lassen, als er noch unter der Zuchttruthe gutherrlicher Despotie stand; sie hat ihn nicht vertreten, weil sie, die Geistlichkeit, selbst sich von den Profanen nährte, die von des Gutsheeren Tische fielen. Hätte nicht ihr Eigennutz zwischen dem Herrn und dem Knecht gestanden, dann hätte diese Scheidung so lange nicht dauern können.

Dank dem verfinsterten Einfluß des Klerus haben wir noch ein Proletariat. Ohne dasselbe ist zwar kein Land und keine Provinz. England mit seiner gepriesenen Industrie hat sein Proletariat, wie Destrreich und die Türkei; es wird keiner Regierung gelingen, alle Klassen der Bevölkerung wohlhabend und glücklich zu machen. Aber sie hat das Ihrige gethan, wenn sie dieselben frei machte. In dem Polen vor 50 Jahren war aber das Proletariat ein erzwingendes; das Individuum war gewissermaßen von Natur auf einen gewissen Fleck gestellt, den es nicht verlassen durfte. Die Nachwehen davon fühlt unsere Provinz noch, der polnische Arbeiter ist noch nicht der freie selbstbewußte und selbstständige Mann, der seinen Beruf mit Liebe und dem Gefühl, daß er für sich selber wirke, ausfüllt. Er arbeitet noch mehrtheils aus Noth und Zwang.

Wäre dies nicht, so würde es in unserer Provinz kein ländliches Proletariat geben. Ihr fast durchweg fruchtbarer Boden, ist mehr als hinreichend, die ihn bewohnende und bearbeitende Bevölkerung in einem behaglichen Zustande zu erhalten, es fließen jährlich neue bedeutende Kapitalien ins Land, mittelst deren die Ertragsfähigkeit der Landgüter, und damit der Verdienst der Arbeiter erhöht wird. An ausreichender und lohnender Arbeit fehlt es nicht, es fehlt nur noch an dem rechten Sinn dafür und an dem Sinne für Sparsamkeit, auch fehlt es an Intelligenz. Schule und Kirche müssen sich die Hand reichen, diesen Mängeln entgegenzuwirken; denn die Armuth wird nicht durch künstliche Mittel, sondern nur durch Fleiß und Intelligenz überwunden.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 5. Septbr. [Tagesbericht.] Die Stimmung der Abgeordneten in Betreff der Militärfrage hat sich, sagt die „B. V. Z.“, in Folge der letzten Sternzeitungsartikel, die den Entschluß der Regierung, auf ihrem absolut negativen Standpunkt zu beharren, ankündigen, immer mehr im Sinne der Kommissionsbeschlüsse befestigt. In Abgeordnetenkreisen wird eine Resolution vorbereitet, die gegen jede verfassungswidrige Beinträchtigung der Rechte der Landesvertretung, wie man neuerdings versucht hat, sie officiös in Umlauf zu setzen, Verwahrung eingelegt. Eine solche Resolution wird ohne jeden Zweifel mit Ausnahme des Duzend Feudalen von der Kammer einstimmig angenommen werden und dieser Protest der preussischen Kammer gegen die Einführung des Schein-Konstitutionalismus dürfte überaus uneben empfunden werden. Der Plan mit der deutschen Frage bei Gelegenheit der Zollvereinstreife eine Diversion für den Militäretat zu unternehmen, auf welchen wir wiederholt hingewiesen, wird jetzt auch officiös in der Presse angedeutet. Man verbreitet außerdem in der Region der Kammer, das etwaige Zoll-Parlament soll auch die preussische Union wieder aufnehmen und durch das Ausstreben der gemeinschaftlichen Vertretung nach außen, des gemeinschaftlichen Schutzes durch eine Kriegsmarine und einer Konföderation-Gesetzgebung die Lösung der deutschen Frage wieder indirekt anbahnen. Diese schönen Versprechungen werden acht Tage vor der Militärdebatte laut, und wenn das ministerielle Lager der Vermuthung entgegen wollte, daß diese Verheißungen die früheren wegen der Kriegsbereitschaft beliebten, seitdem etwas außer Gebrauch gekommenen „dunkeln Wolken am Horizont“ ersetzen sollen, so müßte es nicht durch eine Auslegung der Verfassung nach der Melodie der Sternzeitung einen Protest des Abgeordnetenhauses veranlassen haben, der nicht zur Förderung der neuen Unionsansichten des Grafen Bernstorff geeignet sein dürfte. Man wird bei uns die Versuche, den Schein-Konstitutionalismus herzustellen, schon zu überwinden wissen. Aber beneiden wird uns in ganz Deutschland

Niemand darum, und die anderen deutschen Staaten werden, bis man in Preußen mit solchen widerwärtigen abgeschlossen hat, das Beharren in ihrer Sonderstellung vorziehen.

Die „B. V. Z.“ fordert Alle, die dazu berufen und befähigt sind, gleichviel ob Konstitutionelle oder Demokraten, auf, den Gedanken einer Ligue zur Durchführung der Zollvereinsreform auf Grundlage des Handelsvertrages zur möglichst schleunigen Durchführung vorzubereiten.

In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung referirte der Stadtverordnete Seidel über die Angelegenheit wegen Abbruches der Stadtmauer. Die Angelegenheit kam an den Magistrat durch ein Schreiben des Ministers des Innern, in welchem für die Rücke bei Ausfall der Steuer vom Magistrat 250,000 Thlr. und von den Adjacenten 100,000 Thlr. verlangt wurden. Die Sache ruhte längere Zeit, bis die Minister des Innern und der Finanzen im März d. J. je wieder in Anregung brachten. Der Ausfall von Steuern durch die schwierigere Steuererhebung berechnete der Finanzminister auf 10 Sgr. per Kopf. Bei diesen erneuten Verhandlungen forderte demnachst der Magistrat bestimmte Angabe der Summe, welche die Stadt zahlen sollte, und das Ministerium forderte nunmehr ein für alle Mal die Summe von 80,000 Thlrn., wofür der Fiskus sich verpflichtet, die ganze Stadtmauer niederzulegen und nur eine Steuerlinie einzurichten. Diese Forderung ist so wohl vom Kämmerer der Stadt, als auch vom Magistrat und der Geldbewilligungsdeputation als eine sehr mäßige und annehmbare anerkannt und deshalb zur Annahme empfohlen worden. Die Versammlung nahm diesen Antrag des Magistrats an, der etwa dahin lautet: 1) die 80,000 Thlr. zu bewilligen und 2) die Offerte wegen Ueberlassung der Stadtmauer gegen die Verpflichtung zur Regulirung der neuen Straße abzu-
lehnen und darauf zu bestehen, daß die Regulirung und Pflasterung der Straße seitens der Kommune und des Fiskus pro rata der Verpflichtung erfolge. Zugleich wurde beschloffen, den Magistrat zu ersuchen, eine Zeit, bis zu welcher der Abbruch geschehen solle, festzusetzen, und daß die Zahlung der 80,000 Thlr. in zwei Raten erfolge.

[Berlin, 4. Septbr. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König verläßt am Sonntag früh 5 Uhr Doberan, wo morgen auch der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich der Niederlande auf der Rückreise von Stockholm zum Besuch eintreffen, und kehrt Nachmittags 4 Uhr von dort hierher zurück. Gleich nach seiner Ankunft will der König den Minister v. d. Heydt empfangen und dann nach Potsdam fahren. Die Reise nach Karlsruhe ist auf Montag früh 7 Uhr festgesetzt und schon am 11. gedenkt der König von dort wieder hier zurück zu sein. — Der Kronprinz reist nach den getroffenen Bestimmungen bereits am Sonntag Abends zur Taufe nach Karlsruhe ab und wird dann in der Begleitung seines Vaters hierher zurückkehren. Wahrscheinlich wird sich in der Begleitung der hohen Herrschaften auch der Großherzog von Baden befinden. — Der Prinz Karl hatte heute die Generale v. Hahn, v. Prittwitz, v. Puttkammer und andere höhere Militärs, sowie den Hofmarschall Marquis de Luchefini und den Polizeipräsidenten v. Bernuth zur Tafel geladen. An derselben erschien auch der Prinz Friedrich Karl. — Der Prinz Alfred von Großbritannien hat dem Kronprinzen die telegraphische Depesche zugehen lassen, daß er nicht zum Besuch und auch nicht zur Taufe kommen könne.

Morgen Vormittags 11 Uhr findet im Hotel des Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Herrn v. d. Heydt ein Ministerrath statt, zu dem auch der Kronprinz von Potsdam nach Berlin kommen wird. — Der Ober-Bürgermeister Dr. Krausnick ist von seiner mehrwöchentlichen Urlaubsreise wieder zurückgekehrt und wird nun noch bis zum Schluß des Jahres, wo er in den Ruhestand tritt, seine Amtsgeschäfte führen. — Im Anfange dieses Jahres sank bekanntlich das Schiff „Hagard“, Kapitän Ketelar, auf der Fahrt von Livorno nach Hamburg in der Nähe von Majorca und ging die Ladung, welche übrigens versichert war, mit 2 Marmorstatuetten „Gebet“ und „Unschuld“, welche der Bildhauer Eduard Mayer in Rom für den König angefertigt hatte, verloren. Jetzt hat der König dem Künstler die Wiederholung seiner Werke in Marmor aufgegeben. Die von dem Bildhauer Prof. Wolff in Rom für den König gearbeitete Psyche ist glücklich von dort hier angelangt und wird nebst einer Circe desselben Künstlers unsere diesjährige Kunstausstellung schmücken, welche am Sonntag eröffnet wird. — Der General-Feldmarschall v. Wrangel hat auch in diesem Jahre während der Sommermonate seinen Aufenthalt im f. Schloße zu Steglitz genommen. Die dortige Gemeinde hat ihn ersucht, eine Petition zu unterstützen, die sie an den König wegen des Neubaus einer Kirche richten will. Die Gemeinde bittet nämlich, daß der König einen Theil der Baukosten übernehme. Schon der hochselige König war auf Wrangels Vorstellung hierzu geneigt, doch trat gleich darauf seine Krankheit ein. — Gestern früh starb hier der bekannte frühere Lotterie-Ober-Kollekteur, Stadtrath Seeger.

[Zur Militärfrage.] Der „Allg. Ztg.“ wird von hier geschrieben: „Als letztes Mittel der Regierung, ihre Forderungen in der Militärfrage durchzusetzen, soll eine ausführliche Darlegung von dem Stande der preussischen Politik, von der Stellung der Regierung zu den brennenden Fragen in Deutschland und im Auslande gegeben werden. Diese Erklärung ist, wie versichert wird, bereits im auswärtigen Amt ausgearbeitet und vom Grafen Bernstorff dem Staatsministerium vorgelegt worden: sie wird, wenn sie die Genehmigung des Königs erhalten hat, in der Plenardebatte des Abgeordnetenhauses über das Militärbudget vorgetragen werden. Inzwischen hat ein Abgeordneter, welcher dem linken Centrum angehört, berechnet, daß, wenn die Armeeorganisation genehmigt würde, das Deficit bis zum Jahre 1870 auf 33 Millionen stiege. Rechnet man aber zu den Kosten für die Landarmee noch die Forderungen für die Marine mit 45 Millionen und schließlich noch die für die Ausrüstung der Armee und für die Festungsbauten erforderlichen Summen, welche einen fortlaufenden Konto bilden, so würde das Deficit bis 1870 auf 90 Millionen steigen. Zu solchen Eventualitäten wird die Landesvertretung unter keinen Umständen die Hand bieten; sie wird bei einer Reineinnahme von 80 Mill. auf Krieg und Marine zusammen

nicht 50 Mill. verwenden wollen. Die Streichung des außerordentlichen Militäretats durch die Landesvertretung kann, wie die Sachen jetzt liegen, als gewiß betrachtet werden: die Fortschritte- und die entschiedenen konstitutionellen Partei sind in dieser Beziehung vollkommen einverstanden. In dem Konflikt aber, zu welchem dieser Beschluß führen wird und führen muß, wird derjenige unterliegen, welcher zuerst das Recht und das Gesetz überschreitet; denn er hat die Intelligenz und die Waffen gegen sich."

[Die Versammlung des Nationalvereins] auf dem Kyffhäuser ist zur allgemeinen Befriedigung sämtlicher Teilnehmer ausgefallen. Das Fest hatte einen überwiegend gemüthlichen Charakter. Zum Schluß wurden folgende Resolutionen angenommen: „Die Versammlung erkennt als den unter allen Umständen festzuhaltenden Endzweck des deutschen Nationalvereins an: Die Herbeiführung einer deutschen Centralgewalt mit deutscher Volksvertretung, und erklärt daher: daß die von einigen deutschen Regierungen am Bundestage beantragten sogenannten Bundesreformen, nämlich die Einberufung einer Delegirten-Versammlung der einzelnen Ständekammern und die Einsetzung eines Bundesgerichts, dem Verlangen des deutschen Volkes geradezu widersprechen und die nationale Bewegung von ihrem eigentlichen Ziele abzulenken bestimmt sind. Die Versammlung erkennt an, daß der deutsche Nationalverein zur Erreichung seines Endzweckes vor Allem die deutschen Grundrechte zum allgemeinen Bewußtsein bringen muß."

Danzig, 3. September. [Marine.] Der Bau der Schraubenkorvette „Nympe“ ist soweit vorgeschritten, daß mit der Beplankung begonnen werden kann; zur Korvette „Medusa“ ist am 27. v. M. der Kiel gestreckt und die beiden Kanonenboote „Meteor“ und „Drache“ sind wieder in Arbeit genommen. Das in Stettin von der Post gekaufte Dampfschiff „Adler“ wird dort repariert und nach gehabter Probefahrt wahrscheinlich Mitte dieses Monats hier eintreffen. Das für die Marine nicht mehr geeignete Transportschiff „Elbe“ wird am 18. Oktober unter den Hammer kommen. Die Fregatte „Gefion“, unser größtes Kriegsschiff, ist am 1. auf die Rhede hinausbugsiert, um dort vollständig armirt zu werden; als Kommandant derselben werden Korvetten-Kapitän Helldt, bisher Kommandant der „Gazelle“, und Korvetten-Kapitän Klatt, gegenwärtig Kommandant der Brigg „Hela“, genannt. Letztere ist nach einer vierzehntägigen Uebungsfahrt am 31. d. M. wieder auf unsere Rhede vor Anker gegangen. (D. D.)

Oesterreich. Wien, 3. September. [In der türkisch-serbischen Streitfrage] ist Alles noch in statu quo. Serbien so wohl wie die Pforte setzen, unbekümmert um die Verhandlungen der Gesandtenkonferenz in Konstantinopel, ihre Rüstungen fort und bereiten sich auf den Kampf vor, der sich kaum mehr vermeiden lassen wird, zumal, da die Pforte entschlossen ist, energisch vorzugehen und ein Ultimatum nach Belgrad zu schicken, in welchem die serbische Regierung aufgefordert werden soll, die Milizen nach Hause zu senden und eine allgemeine Entwaffnung vorzunehmen. Geht die serbische Regierung auf diese Forderung nicht ein, und es ist wenig Hoffnung vorhanden, daß sie es thun wird, so dürfte Mustafa Pascha, der hart an der serbischen Grenze steht, unverzüglich den Befehl erhalten, dieselbe zu überschreiten. Man glaubt übrigens nicht, daß der Kampf zwischen der Pforte und Serbien den europäischen Frieden gefährden wird. Derselbe wird lokalisiert bleiben, da bei dem Umstande, daß die Pforte nicht mehr verlangt als die strikte Aufrechterhaltung des Pariser Friedens, die übrigen Mächte sich wohl hüten werden, mit der Nichtinterventions-Theorie zu brechen. (Schl. Z.)

Venedig, 1. Sept. [Demonstrationen.] Hier kann man wöchentlich einige Male eine absonderliche Demonstration sehen. Wenn die treffliche Bande des Regiments Venedig zu spielen beginnt, so verlassen die Italiensissimi, wie der „Wiener Presse“ berichtet wird, mit großer Ostentation den Platz; das Café Specchi, bekanntlich der Centralpunkt der hiesigen Mißvergünstigten, leert sich sofort bei den ersten Klängen der östreichischen Weisen, und die ganze Schaar der dem geheimen Komitee unbedingte Gehorchen bewertigt sich, so lange die Militärmusik dauert, auf der Riva degli Schiavoni, von wo sie, wenn ein Kanonenschuß den Hafenschluß und damit auch das Ende der musikalischen Produktion verkündet, ihren feierlichen Einzug auf den Martinsplatz hält.

Hannover. 2. Sept. [Zur Katechismusfrage.] Pastor Bauerschmidt, der gefeierte Bekämpfer des neuen Katechismus, ist in seiner Gemeinde festlich empfangen worden. Man hatte Ehrenporten gebaut, brachte dem wackeren Streiter für Gewissensfreiheit einen Fackelzug und überreichte demselben einen silbernen Ehrenpokal. Die Katechismusbewegung dauert inzwischen fort. Bereits sind zahlreiche Petitionen wegen Berufung einer Landessynode hier eingegangen. Man vernimmt übrigens, daß in der Kommission, welche der König wegen der Katechismusfrage nach Goslar berufen hatte, die Mehrheit, welche sich gegen den Vorschlag erklärte, die Angelegenheit auf einer Synode zu ordnen, nur mit einer Stimme siegte. (Wef. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 3. Sept. [Tagesnotizen.] Der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserliche Prinz sind heute Abend um 7 Uhr nach Biarritz abgereist. Die Gräfin Montijo begibt sich ebenfalls dorthin. — Heute war wiederum Ministerrath, worin der Kaiser erklärt haben soll, „man möge die italienische Frage reif werden lassen; er werde bei seiner Zurückkunft aus Biarritz sehen, was etwa darin zu thun sei!“ In Bezug auf innere Politik sprach sich der Kaiser gestern wiederholt gegen eine Auflösung der Kammer und gegen die Veranstaltung von Neuwahlen noch im Laufe dieses Jahres aus. Es soll übrigens eine Koalition zwischen Orleanisten und Republikanern für die nächsten Wahlen bereits zu Stande gekommen sein. — Man hat schon vielfach von der Kreirung eines hohen kaiserlichen Adels im Genre der Morny'schen Herzogswürde gesprochen, und es können die neuen Herzoge und Fürsten von einem Tage zum anderen ins Leben treten; der Hof geht aber auch damit um, einen Schwarm niederen Adels um die Großen des Reiches zu bilden. Es werden vorläufig etwa 300 Titel neuer Kaiseritter (Chevalier de l'Empire) vergeben. In diese Phalanx sollen nur Männer aufgenommen werden, welche der Ehrenlegion bereits angehören, Vermögen besitzen und sich über ihre vollkommene Ehrenhaftigkeit vor einer besonderen Prüfungskommission ausgewiesen haben. — Der kaiserliche Gerichtshof zu Bourges hat in einem gegen mehrere Wahlberechtigten in Moulins angestrenzten Prozesse für Recht erkannt, daß zur Vertheilung von Wahlzetteln eine Erlaubnis des Präfekten nicht erforderlich sei. Der Generalprokurator hat gegen dieses Erkenntnis an den Kassationshof Rekurs ergriffen, welcher nunmehr die Frage endgültig zu erledigen haben wird.

Italien.

Turin, 1. Septbr. [Garibaldi] ist diesen Morgen früh in Spezia angekommen und ein zweiter Transport von Gefangenen ebenfalls dort untergebracht worden. Der General befindet sich im Fort

Barignano; seine Wunde flößt keine Besorgnisse ein, doch ist die Kugel noch nicht herausgezogen. Als Arzt hat er sich den Dr. Riboli erbeten, der bereits nach Spezia abgereist ist. Dem jüngsten Sohne Garibaldi's, Ricciotti, ist das Gesicht, seinen Vater besuchend zu dürfen, abgeschlagen worden. Die Regierung scheint hinsichtlich der nun zu thunenden politischen Schritte noch sehr zu schwanken. Rattazzi läßt durch die offiziöse „Monarchia Nazionale“ der allgemeinen Stimmung der Nation in so fern schmeicheln, als er durch dieses Organ die Verpflichtung anerkennt, welche die Regierung durch die Unterdrückung des Garibaldischen Unternehmens ihrerseits in Bezug auf Rom übernommen habe; sollte Frankreich nunmehr der energischen Forderung Italiens nicht nachgeben, „so werde Italien lediglich seine eigenen Interessen zu Rathe ziehen.“ (R. Z.)

[Tagesnotizen.] Mehrere Deputirte haben den Kammerpräsidenten um Aufklärung über die Verhaftung ihrer Kollegen in Neapel schriftlich ersucht und dieser hat sich deshalb schriftlich an den Konseilspräsidenten gewandt. In Genua ist eine Anzahl Deputirter, die der Verhaftung in Neapel entkommen waren, eingetroffen. Diese Maßregeln gegen Parlamentsmitglieder machen großes Aufsehen. — Die „Unita Italiana“, die in Mailand freiwillig zu erscheinen aufgehört, siedelt nach der Schweiz über, um auf freierem Boden ihre Polemik gegen die Vertreter der französischen Politik in Italien schreiben zu können. — Der General Lamarmora hat, um auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein, sehr energische Maßregeln ergriffen. Auf allen Höhen, die Neapel umgeben, auf St. Elmo, Capo di Monte, Poggio Reale sind Batterien aufgestellt, so daß die Stadt jetzt ringsum von Feuerschindeln eingeschlossen wird.

Turin, 3. September. [Garibaldi.] Eine telegraphische Depesche der „Hamb. Nachr.“ meldet: Der „Gazetta di Torino“ zufolge waren bei dem gestrigen außerordentlichen Ministerrath außer den Genannten (nämlich: Slopis, Alfieri, Neglio, Tecchio und Farini) noch Desambrois und Cassinis gegenwärtig. Im Ganzen herrschte die Meinung vor, daß man dem Rechte vollen Lauf zu lassen habe. Zwei Minister stimmten für Amnestie. Ein bestimmter Beschluß ist noch nicht gefaßt. Die Form des Processes wird von einem auf heute anberaumten Ministerrath zu beschließen sein.

Neapel, 30. August. [Erschießungen; Verhaftungen.] Die Erschießung von 27 Garibaldianern, Deserturen der regulären Armee, hat hier alle Gemüther aufs Schmerzlichste berührt. Wiewohl die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin die äußerste Strenge erfordert, ohne welche das Heer seiner Auflösung entgegengegangen wäre, so hätte man doch diese blutigen Beispiele gern vermeiden gesehen. Nun hieß es gestern auch, daß der in Kalabrien gefangene Oberst Sproveri, der mit 54 Freiwilligen vors Kriegsgericht gestellt wurde, erschossen worden. (Rattazzi hat bekanntlich, obwohl nur in sehr allgemeinen Ausdrücken, diese Erschießungen in Abrede stellen lassen.) — Die vorgenommenen Verhaftungen unter den Reihen der Deputirten der äußersten Linken des Parlaments wurden durch eine Versammlung veranlaßt, welche diese Herren hier gehalten hatten, um gegen die jüngsten Maßregeln der Regierung zu protestiren und die saboyische Dynastie des Thrones verlustig zu erklären. Dieser von einigen vorgebrachte Antrag sollte zum Beschluß erhoben und veröffentlicht werden, wenn man unter den hier anwesenden Deputirten wenigstens 20 Unterschriften zusammenbringen könnte; es fanden sich aber nur acht Unterschriften dazu ein. Außer dem bereits verhafteten Deputirten Fabrizi und dem früheren Pro-Diktator Siciliens, Mordini, wird auch auf die Deputirten Zupetta, Libertini und De Boni gefahndet, die jedoch sich den Händen der Polizei zu entziehen wußten. Gestern sollen die Verhaftungen fortgesetzt und unter anderen der Deputirte Calvino und der Oberst Carbonelli gefänglich hier eingebracht worden sein. (R. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 31. Aug. [Reise des Kaisers nach Twer.] Der Kaiser ist am 28. d. M. von hier abgereist und am 29. d. M. früh 10 Uhr in Twer angekommen, wo er die Truppen inspiciert, auch das Gymnasium besucht hat. Nachmittags war Diner im kaiserlichen Palais, nach dessen Beendigung der Kaiser den Pferdereimen der Offiziere und Soldaten bewohnte.

[Noth in Finnland.] Im nördlichen Finnland hat die Kälte so große Verheerungen angerichtet, daß man eine wirkliche Hungersnoth befürchtet. Vermuthlich in dieser Veranlassung hat der kaiserlich finnische Senat unterm 7. August die zollfreie Einfuhr aus auswärtigen Ländern nach Finnland sowohl in finnischen wie in fremden Fahrzeugen für Roggen, Gerste und Hafer, so wie für Mehl und Grütze aus diesen Getreidearten, und endlich auch für Erbsen bis Ende dieses Jahres gestattet.

Warschau, 2. September. [Silberausfuhr.] Durch eine Ordre des Großfürsten Statthalters vom 26. August wird die Verfüng vom Jahre 1851, welche die Ausfuhr des Silbers in Stäben und in Münze aus dem Königreich Polen verbot, aufgehoben und die Ausfuhrung zu Wasser und zu Lande freigegeben.

[Revolutionäre Verbindungen.] Der „Don-Z.“ zufolge hat die Polizei in Warschau kürzlich bei einer Hausdurchsuchung bei einem gewissen Kosul eine sehr ausgedehnte Korrespondenz mit der italienischen Revolutionspartei und einen Plan der Warschauer Citadelle entdeckt. Viele Verhaftungen sind in Folge dessen vorgenommen worden.

Griechenland.

Athen, 30. August. [Englische Note.] Zu Triest, 4. Sept., eingetroffene Berichte melden, daß der englische Gesandte in einer der griechischen Regierung übergebenen Note, dieselbe für ihre Reformbemühungen und für die Wiederherstellung der Ordnung belobt, gleichzeitig aber auch erklärt, daß England jedem angreifenden Schritte gegen die Türkei sich widersetzen werde.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 5. September. [14. Sitzung.] Um 9 Uhr von dem Präsidenten Herrn Grabow eröffnet. — Am Ministertische die Herren v. d. Heydt, Regierungskommissar Delbrück und Andere; der Minister von Holzbründ. — Die Abgg. Dopper und Gen. betr. bringen einen Antrag ein, die Steuerregulirung in Preußen. Der Antrag geht an die Finanzkommission. — An Stelle des ausgeschiedenen Abg. Vuchmann ist der Abg. Dr. Veiske zum Mitglied der Petitionskommission gewählt worden. — Abg. Waldeck nimmt das Wort, um als Vorsitzender der Justizkommission einen ersten Entwurf einzulegen gegen die Art und Weise, wie die Justizkommission in einer der letzten Sitzungen von den Abgg. v. Vinde (Stargard) und v. Gottberg angegriffen worden ist. Alle diese Anschuldigungen hätten keinen Boden; er habe über die Petition gegen den Landrath Schrammberger den zweiten Bericht abgefaßt. (Nedner giebt Erläuterungen über die Vorgänge in der Kommission gelegentlich dieser Petition, wird aber endlich von dem Präsidenten unterbrochen und darauf verwiesen, sich auf seine persönliche Rechtfertigung zu beschränken. Nedner verspricht dies. Die Rechte ruft hiernächst zur Ruhe! und er wird nochmals von dem Präsidenten mit lebhafter Stimme

unterbrochen.) — Abg. v. Vinde (Stargard) befreit, des Vorredners in der Diskussion erwähnt zu haben. Er habe nur den Referenten des ersten Berichts angegriffen. — Abg. von Nöbbe (Glogau) macht eine persönliche Bemerkung. — Dem Abg. Zimmermann wird das Wort nicht ertheilt. — Abg. Waldeck antwortet dem Abg. v. Vinde. — Abg. Zimmermann erhält das Wort, weil seine persönliche Bemerkung sich auf eine Aeußerung des Präsidenten bezieht, der gesagt hatte, daß in jener Sitzung alle Mitglieder der Kommission anwesend gewesen; wäre dies nicht der Fall, so würde er die Kommission gegen die unerhörten Angriffe verteidigt haben.

Das Haus geht zur Tagesordnung über. — Der erste Gegenstand derselben ist der Bericht der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Rölle und für Handel und Gewerbe 1) über den Gesetzentwurf, betreffend die Generalisirung der Zollerleichterungen, und 2) über den Antrag der Abgg. v. Sybel und Lette, ebenfalls die Zollangelegenheit betreffend. (In der Kommission haben die Antragsteller ihren Vorschlag selbst als antiquirt erklärt, in Folge der an die bairische Regierung gerichteten Note.) — Es wird die Generaldiskussion über das Gesetz und über die Resolution, welche die Kommission beantragt, eröffnet. — Der Abg. Behre den beantragt, hinter §. 1 folgenden Paragraphen einzuschalten: §. 2. Die in den Ausnahme-Bestimmungen des Zolltarifs vom 27. Juni 1860 festgestellten ermäßigten Eingangszölle bleiben, insofern sie niedriger sind, als die in dem Tarif B zu dem Betrage vom 2. August festgestellten, in Kraft. — Abg. v. Mallinrodt gegen den Entwurf und gegen die Resolution. Es sei bedenklich, daß die Landesvertretung sich bei diesem betheilige; es sei schlimm genug, daß sich die Regierungen nicht im Einverständnisse befänden. Die Landesvertretungen müßten sich aller Leidenschaftlichkeit enthalten. Die Resolution sei in der Fassung mangelhaft; böre der Zollverein auf, so könne von einer Tarifreform nicht mehr die Rede sein. Er habe dem Antrage beigestimmt; bei der Alternative: Zollverein oder französischer Handelsvertrag wählte er aber ohne Börgen den ersten. Die Gründe der Ablehnung wolle er nicht prüfen, sich auch ein Urtheil über das Verhalten der bairischen Regierung nicht erlauben. Der Regierung könne man nicht verdenken, daß sie den Handelsvertrag durchzuführen wolle; die Landesvertretung habe aber keinen Anlaß, der Regierung in der Art, wie es die Resolution will, zu seindeln. Die Regierungen hätten sich politischer Motive enthalten; der Antrag Lette und v. Sybel habe der Frage eine politische Färbung hinzugefügt und die Kommission habe gar ausgesprochen, daß es sich hier um eine Nachfrage handle. Die Kommission habe es sich leicht gemacht; sie habe in schwärmerischer Weise auf die Segnungen des Freihandels, andererseits auf die Stagnation, denen die gegenwärtigen Staaten angesetzt sind, hingewiesen. Man hätte lieber einen Kompromiß finden sollen und würde dazu Destré und die Gegner der Reform bereitwillig gefunden haben. Es sei ferner gewagt, zu behaupten, daß alle Mitglieder des Zollvereins, die dem Handelsvertrag beigetreten, auch bei Sprengung des Zollvereins sich dem neuen preuß. Zollverein inthronen lassen würden; so würde sich Baden einmal bedenken, einem Vereine beizutreten, dem Bayern und Württemberg nicht angehören. Preußens Auftreten in der deutschen Frage trägt vielleicht Schuld an dem Verhalten der dissentirenden Regierungen. Wenn die Regierung den ihr von der Resolution gestellten Standpunkt wählte, so gehöre bloß noch ein Schritt zu einem Bündniß mit Frankreich gegen Deutschland.

Der Finanzminister: Es sei allerdings an der Zeit, jetzt den Entwurf zu beraten. Das Haus werde hoffentlich in dieser Angelegenheit durch Annahme des Entwurfes der Ueberzeugung Ausdruck geben, welche dasselbe bei Annahme der Verträge geleitet hat. Die Regierung sei sich bewußt, nicht Partikularinteressen, sondern um die Interessen des Zollvereins im Auge gehabt zu haben. Politische Motive seien bei dem Abschluß der Verträge nicht maßgebend gewesen. Die Regierung giebt auch heute noch nicht die Hoffnung auf, daß die dissentirenden Regierungen ihren Entschluß ändern werden. Wäre dies nicht der Fall, so würde es der Regierung zur Vermittlung dienen, sich in dieser hochwichtigen Angelegenheit im vollständigsten Einverständniß mit der Landesvertretung zu befinden, wie dies aus der von der Regierung mit lebhafter Befriedigung aufgenommenen Resolution in ihrem zweiten Theile hervorgehe. Eine Erneuerung der Zollvereinsverträge werde nur auf Grund der Tarifreform stattfinden können. — Abg. Dr. Lette verteidigt den Entwurf vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus. Der Beweis der Nothwendigkeit eines Zollparlaments sei ihm schlagender geführt worden, als durch die gegenwärtigen Vorgänge. In diesem Augenblick werde in Mecklenburg ein Grenz Zollprojekt beraten, das allgemeinen Widerbruch bei allen freisinnigen Männern, die nicht Privilegien, wie die dortige Ritterschaft genießen, finde. Die gegenwärtige Vorlage werde für Mecklenburg wesentliche Anhaltspunkte für den Anschluß Mecklenburgs an Preußen geben. Mecklenburg erwarte davon seine Erlösung von der bisherigen Stagnation. (Unruhe im Hause; Nedner wird schwer verständlich. — Der Minister v. Sagan ist eingetreten.)

Abg. Bresgen gegen den Vertrag und gegen die Resolution. Er hebt den Punkt hervor, daß die Regierung schon bei den Verhandlungen mit den übrigen Zollvereinsstaaten erklärt habe, daß sie geneigt sei, die Uebergangsteuer auf Wein um die Hälfte zu ermäßigen, und daß seit dem Abschluß des Vertrages die Regierung wieder erklärt, den ganzen Zoll fallen zu lassen. Das sei ein neuer Schlag ins Gesicht der rheinpreussischen Winzer. Er entwirft ein Bild von der Lage der Winzer. Die Weizensteuern in den anderen Provinzen möchten doch einmal an eine Weizensteuer denken, und dann würden sie finden, daß die Weinsteuer keine Nettosteuer sei, sondern, daß die Arbeit und das eingeschossene Kapital nochmals zur Versteuerung kommen, daß sie also eine Grundsteuer sei. Er befragt das Verhalten der Regierung; früher habe sie sich mit der Lage der Winzer beschäftigt, der frühere Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten habe erklärt, daß man das Loos der Winzer bei den Verhandlungen mit Frankreich stets im Auge behalten werde. Man habe aber seitdem nichts für diese Klasse gethan. Die Regierung scheine ungläublicher Weise über die Lage der Winzer ganz uninteressirt zu sein; sie scheine das Verhältnis zwischen Weinproduzenten und Weinfabrikanten nicht zu kennen. Nedner kommt auch auf die Bierärzte zu sprechen; die Regierung möge sich nicht an die sogenannten Untergutfluten, sondern an irgend einen Mann, der die Verhältnisse kennt, wenden, wenn sie die Wahrheit erfahren will; die Berichte, die ihr zugegangen, seien eine Verläumdung u. s. w. — Der Regierungskollege antwortet und widerlegt die der Regierung hinsichtlich der Waas- und Uebergangsteuer gemachten Vorwürfe. — Abg. Graf Bethuin-Hue wünscht, daß die Kraft zu dem Willen hinütrete, dann werde Preußen groß sein.

Abg. Frese kommt auf den Anfall gegen den Handelsvertrag auf dem Juristertage in Wien zu sprechen und schließt aus manchen Anzeichen, daß Preußen einen dauernden Widerstand seitens der süddeutschen Bevölkerung nicht zu befürchten habe. Er erklärt sich entschieden gegen ein Zollparlament; es handle sich freilich bei den jetzigen Umständen um das Innere und die Stellung des Hauses der jetzigen Regierung gegenüber. Gegen den Dank des Finanzministers protestire er; nicht dem jetzigen Ministerium gebe er ein Vertrauensvotum, sondern er stimme für den Kommissionsbericht, weil sich bei dem Vertrage trotz des jetzigen Ministeriums die guten alten preussischen Traditionen wieder Bahn gebrochen haben. Mit schwerem Herzen stimme er der Resolution zu; aber damit wahre er sich das Recht, der Regierung in der großen Frage entgegenzutreten. (Nedner erwähnt des Elberfelder Processes und wird deshalb vom Präsidenten unterbrochen.) — Der Minister v. d. Heydt hat sein Vertrauensvotum für die Regierung in Anspruch genommen. Er habe nicht erwartet, daß Vorredner des Elberfelder Processes erwähnen würde. Was seine Person betrifft, so fühle er kein Gewissen frei und in seinem eigenen Bewußtsein gerechtfertigt. — Abg. v. Patow: Niemand könne in der Resolution ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum finden, man müsse der Kommission für die gewählte Form der Resolution danken, ebenso dem Referenten für die Fassung des Berichts, der so ausgezeichnet sei, daß man den Eindruck abschwächen würde, wollte man denselben noch motiviren. Nedner hebt die Bedeutung des Zollvereins, die Schwierigkeiten seiner Geburt hervor. Schmerzlich werde ihn dessen Auflösung betreffen, aber der Zustand, daß Preußen das Bestehen des Vereins mit stets neuen Opfern erkaufen müßte, habe nicht länger dauern können, und die Staaten, welche dem Vertrage zugestimmt haben, würden nicht in der Lage sein, einem süddeutschen Vereine beizutreten, und dem Beispiel von Baden könne man das andere von Oldenburg entgegenstellen. Alles werde sich zum Besseren wenden, wenn die Regierung im Verein mit der Landesvertretung energisch den eingenommenen Standpunkt wahre; es werde nur darauf ankommen, Täuschungen zu beseitigen. Es gelte hier Preußens Ehre, und so möge man die Resolution einstimmig annehmen.

Abg. v. Sybel hat zu der Regierung, betreffend die inneren Fragen, nicht mehr Vertrauen, als König Jakob zu seinen Kapitänen und Matrosen, die seine Flotte vernichteten. Aber die Regierung trete dem Auslande energisch gegenüber und wahre die Ehre Preußens und da könne man wie König Jakob sagen: Die schlagen sich wacker. Hier gelte es, wie ein Mann zu stehen.

Im Fall einer Neugestaltung des Zollvereins müßte die politische Seite in den Vordergrund treten; er entschiebe sich für den Standpunkt, der dem Verein in seiner jetzigen Gestalt zerbrochen wird. Der Zollverein habe seine wichtige Rolle gespielt; er sei eine Quelle des politischen Lebens, des nationalen Fortschritts gewesen, der deutsche Bund ein Hemmnis. Er trug aber die Mängel in sich, die dem politischen Boden, auf dem er entspringen, innewohnen; die politischen Mängel des deutschen Bundes seien auch auf den Zollverein übergegangen. Es sei eine Illusion, wenn man glaubt, daß der Zollverein in der jetzigen Gestaltung ein Segen für Preußen sei, oder daß das Volk das Fortbestehen desselben wünsche. Der Zollverein mit gemeinsamer Legislative sei ein Segen, eine unauflösbare Macht; den jetzigen müßte man baldigst beseitigen. Nicht ein Zollparlament verlange er, sondern ein Zollvereinsparlament als Legislative, der einzig mögliche Ausgangspunkt, um zum großen Ziele parlamentarischer Einigung zu gelangen. Die Resolution der Kommission sei zu empfehlen. Er rechne nicht auf süddeutsche Sympathien; im Süden herrsche eine allgemeine Abneigung gegen alles preussische Wesen, gegen die preussische Regierung, die preussische Landesvertretung, das preussische Volk. Gleichwohl müßte man fest stehen, bestimmt für den Handelsvertrag einzutreten, dann werde man an Achtung gewinnen.

Abg. Reichenperger (Weldern) mindert sich, daß man habe voraussagen können, Vorlage und Resolution würden einstimmig angenommen werden. Komme der Handelsvertrag zur Geltung, so gehe es, wenn die anderen Zollvereinsstaaten zustimmen; wenn nicht — nicht, und nur unter dieser Voraussetzung habe das Haus den Vertrag zugestimmt. Das heutige Ausführungsgesetz sei also gegenstandslos, denn es betreffe einen Vertrag, von dem man noch nicht weiß, ob er in Kraft tritt. Es könne sich nur um eine Art Demonstration nach außen handeln. Die Verantwortlichkeit des Handelsvertrages könne nicht von dem Einzelnen, auch nicht von der Majorität übernommen werden, sondern nur von der Regierung, welche alles Material der Beurteilung in Händen habe; deshalb habe er für den Handelsvertrag gestimmt. Der Zollverein solle keineswegs ein noch mehr tangere für Preußen sein, aber wenn man Preußen in seiner Eigenschaft als Großmacht hinstelle, als müsse sein Wille bestimmend sein, so entspreche man jedem anderen Vertrag den Boden. Man hätte in der Resolution sich jeder Feindseligkeit gegen die anderen deutschen Regierungen enthalten sollen. Es sei ein schwerer diplomatischer Fehler, daß der Graf Rechberg in seiner Note verleihe die guten Dienste Preußens zurückgewiesen habe, obgleich er (Reichenperger) materiell die Ansicht über die Anerkennung Italiens theile. Eben so habe aber auch Preußen Unrecht gethan, die Anerbietungen Oesterreichs zurückzuweisen; wenn man immer von guten Diensten spreche, die sich die Staaten leisten, so möge man doch nicht vergessen, daß mehr oder weniger stets politische Vortheile dabei im Spiele sind. Mäße und wohlwollend müßte man auftreten, aber nicht den Zollverein dem Gegner ins Gesicht werfen.

Der Regierungskommissar Delbrück: Die Vorlage sei durchaus nicht gegenstandslos, die Stellung des Hauses sei heute identisch mit der dem Handelsvertrage gegenüber. Der Entwurf sei mit Unrecht ein Ausführungsgesetz genannt worden. Die Regierung habe diese Vorlage allerdings gleich machen können, sie habe es damals unterlassen, weil Hoffnung auf Vorlage eines vollständigen Tarifs vorhanden war; die Hoffnung habe nicht erfüllt werden können und deshalb der gegenwärtige eventuelle Entwurf, aus dem kein formelles Bedenken hergeleitet werden kann, eventuell, wie der Handelsvertrag nur ebenfalls ist. — Abg. v. Rönne (Solingen): In dieser Angelegenheit sei nicht von Antipathien oder Sympathien, nicht von Vertrauen oder Mißtrauen die Rede. Das konstitutive sei im Namen seiner politischen Freunde. Die Regierung sei, seiner Ueberzeugung nach, korrekt verfahren. Was das Zollparlament oder das Zollvereinsparlament oder den volkswirtschaftlichen Bundestag im politischen Bundestage betreffe, so sei zu beachten, daß ein Verein, der stets mit Abkündigung drohen muß, nicht das Organ des Volkes sein kann, aber ein Zollparlament ist nicht genügend. Gerade der Handelsvertrag mit Frankreich zeige, daß es einer vollständigen politischen Reorganisation des deutschen Volkes bedürfe. Die Volksvertretung des preussischen Volkes sei nicht berufen, so habe Maßregeln, wie das Zollparlament es wären, zu beschließen; einen solchen handelspolitischen Körper werde das Ausland nicht anerkennen. Das deutsche Volk fordere etwas ganz anderes; es fordere die vollständige Einheit, und dies sei leichter zu erreichen als im Zollparlament.

Abg. Schulze (Delitzsch) für den Vertrag. Der im Handelsvertrag angenommene Standpunkt sei für das Haus derselbe, wie heute. Aus dem Mißtrauen gegen das Ministerium könne er nur die Pflicht herleiten, die Vorlagen der Regierung desto gründlicher zu prüfen. Indem man erklärt, was man von der Regierung erwartet, binde man sie an diese Politik, und das sei richtig, denn es könnten verschiedenartige Konjunkturen eintreten. Mit der Resolution wolle man also nicht bloß unterfragen. Wichtig sei, daß der Handelsvertrag seine politische Seite habe; Preußen müsse sich auf diesem Gebiete nicht die Hegemonie entreißen lassen. Die süddeutschen Regierungen und die hiesigen Gegner des Vertrages wollten in österröische Kollisionslinie hinein. Eine Zusammengehörigkeit mit Frankreich werde man sich nicht zu schämen brauchen; habe ja doch die liberale Partei vor mehreren Jahren ein Bündnis Preußens mit den Westmächten in der orientalischen Frage gefordert. Und nun ein Bündnis mit Oesterreich? Oesterreich habe nie an deutsche Interessen gedacht, wenn es galt, die Hausinteressen zu wahren. Preußen habe stets eine andere Stellung zu Deutschland eingenommen. Preußen ist nur groß und mächtig, wenn es deutsche Politik treibt; Oesterreich selber ist mit Hilfe unendlicher Politik groß geworden! die deutsche Einigung sei leicht wenn Preußen erst mediatisirt ist; eine Kollisionslinie mit Oesterreich sei nur ein Konfliktort.

Abg. Faucher: Wer A sagt, muß B sagen. Habe man den Handelsvertrag für nützlich gehalten, so müsse man jetzt auch die Konsequenzen auf sich nehmen. Preußen werde sonst allein Einsatz verlieren, welchen ihm etwa der Zollverein gewährt. Der Zollverein sei aber ein Verein auf Zeit, er würde dies sein, wenn er nicht eine drückende Fessel werden sollte, sobald sich durch den Aufschwung der Industrie die Natur des Zollvereins veränderte. Es sei möglich, daß Bayern und Württemberg renitent blieben und in eine Kollisionslinie mit Oesterreich hinführen. Das müßte man abwarten, die freihändlerische Reform unserer eigenen Tarifs sei der Zweck des Vertrages; der Vertrag sei so wenig ein politisches Bündnis wie der Handelsvertrag zwischen England und Frankreich. In England wollten die Freihändler gar keine Handelsverträge und es hätte Abneigung gegen den Vertrag mit Frankreich geherrscht. Man verachtete ungerechtfertigterweise Preußen; der Vertrag sei ein Werk zur Konsolidation Deutschlands.

Abg. v. Vincke (Stargard) wendet sich gegen den Abg. Reichenperger, der den nichternen Boden der heutigen Beratung verlassen und sich auf politische Gebiet begibt. Heute habe man den Schlüssel zu der neuen Abstimmung des Abgeordneten für Geldern, abweichend von der seines Bruders, erhalten. Er habe aus Vertrauen für den Handelsvertrag gestimmt. Es sei hier die Frage, ob man überhaupt mit Bayern in einem Vereine bleiben könne, welches, nachdem es Preußen zu den Verhandlungen Vollmacht erteilt, nun hinter die Zustimmung zu dem Vertrage verjagt und mit seinen früheren Ansichten in Widerspruch sich stellt, wie dies die preussische Note an Bayern schlagend nachweist. Es sei unbegreiflich, wie Bayern Preußen den Vorwurf machen könne, daß man einem fremden Staate Zollernähmungen zugestanden habe. Grade für den Süden sei der Zollverein und die Erhaltung desselben von Wichtigkeit. (Die Ausführungen des Redners sind nur Wiederholungen der bereits in der Presse vielfach veröffentlichten Vespredungen dieser Angelegenheit.) Wenn Preußen Ernst macht, werde der Hochmuth Bayerns bald aufhören. Redner tadelt an der preussischen Antwort auf des Grafen Rechbergs unerhörte Prätention, daß sie nicht genug gelagt habe; auch diplomatisch sei sie nicht gewesen, denn man habe darin offen gelagt, daß man der italienischen Regierung den Damm aufs Auge gedrückt. Es sei nicht notwendig gewesen, um Oesterreichs Willen so etwas, ohne daß es provocirt worden, einer Regierung, mit der man freundschaftliche Beziehungen haben will, zu sagen, ihr gewissermaßen eine solche Drohung zu geben. Oesterreich heizte eine angebliche Antipathie in Deutschland gegen Preußen, um es unter seine Interessen zu beugen. Redner berührt auch die Frage bezüglich des Zollvereinsparlamentes; jedenfalls müßte Preußen in dem neuen Vereine den ihm gebührenden Einfluß haben. Man solle der Erneuerung des Zollvereins nicht neue Schwierigkeiten entgegenstellen, wenn sich die deutschen Regierungen dazu geneigt zeigen. Man sei es der Ehre Preußens schuldig, den Intriguen fest gegenüberzutreten. Alle diese Intriguen basirten darauf, daß man Preußen für zu langmüthig halte. Man müsse ein ernstes preussisches Wort sprechen, der Krisis als Staat in Europa sei man es schuldig, vor keiner Eventualität zurückzuweichen. Die Herren Reichenperger müßten doch heute zeigen, daß, wo es die Ehre Preußens gilt, es nur ein Votum giebt. (Der Graf von Vincke ist eingetreten.)

Ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion wird unterstügt und angenommen. — Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Pette, Schulze (Berlin), v. Rönne (Solingen) und v. Vincke (Stargard) nimmt der Berichterstatter Abg. Michaelis das Wort, um eine kurze Nachlese zu halten, nachdem so viel zur Vertheidigung des Gesetzes gesagt worden. Die Gegner seien mit sich selber im Widerspruch. Wir wissen, welche Bedeutung Handelsverträge haben; hätte der Vertrag eine politische Tragweite gehabt, so wäre es doch nur die Ausschließlichkeit für Frankreich gewesen. Als man dem Handelsvertrage zugestimmt, habe man gewußt, daß diese Ausschließlichkeit nicht bestehen bleiben soll; wer also gegen den heutigen Entwurf stimmt, stimmt für die Ausschließlichkeit Frankreichs. Wenn Preußen im Vertrauen auf die Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes alle Eventualitäten ins Auge faßt und fest bleibt, so würden ihm nicht bloß Sympathien, sondern auch Erfolge zufließen; die Erfolge fehlten, weil man Preußen den festen Willen nicht zugetraut. Sicher sei die Frage eine Machtfrage. Wir haben eine Geschichte, und da sei an die Dinge von vor 10 Jahren zu erinnern, als man auch hier der Gefahr der Sprengung des Zollvereins ausgesetzt war; man möge sich nur des Art. 4 in dem Vertrage mit Oesterreich erinnern. Die Kollisionslinie mit Oesterreich auf schuzollnerischem Tarif sei nur ein Abhängigmachen des Zollvereinsgebiets von Oesterreich. Auf ein solches Verhältniß könne der Großstaat Preußens nicht eingehen. In dieser Krisis müßte Preußen alles anwenden, den Zollverein auf eigene Füße zu stellen durch eine handelspolitische Selbständigkeit. Ein möglichst einstimmiges Votum möge diese Absicht dokumentieren.

Zur Specialdiskussion übergehend, nimmt Abg. Reichenperger (Weldern) das Wort. Zunächst habe er sich gegen den Abgeordneten für Stargard gegen die Zustimmung zu verwalten, seine Abstimmung nach dessen Ansichten abzumessen, bei Strafe eines Verraths an der Ehre Preußens, bei Strafe der Parteigängerei für Oesterreich bezichtigt zu werden. Er und seine politischen Freunde müßten weder österröische noch bayerische Politik. Ihm scheine, als trieben die Mittelstaaten lediglich die Politik, weder preussisch noch österröisch werden zu wollen. (Von dem Präsidenten Grabow ermahnt, auf die Sache einzugehen, bemerkt der Redner, daß er erst die Einigkeit Deutschlands abwarten wolle, bevor er dem Paragraphen seine Zustimmung geben werde.) — Abg. v. Bismarck: Der §. 1 enthalte den Kernpunkt des Gesetzes. Es wäre wünschenswerth gewesen, wenn die politische Seite nicht so sehr in den Vordergrund getreten, sondern der volkswirtschaftlichen der erste Platz eingeräumt worden wäre. Es sei anerkannt, daß der Zollverein, wie er jetzt besteht, die Hegemonie Preußens nicht befördert habe. Es handle sich aber hier allein darum, die Fesseln, in welche Preußen ge schlagen sei, zu sprengen. Der von dem Regierungskommissar gebrauchte Ausdruck, der Entwurf sei nur ein eventueler, erhebe ihm nicht glücklich gewährt. Hier geht es, ein festes Ziel hinzustellen; den Abgeordneten der katholischen Fraktion rüht der Redner, sich den unbefangenen Standpunkt des sächsischen Staatsministers v. Benn in dieser Angelegenheit anzueignen.

Abg. Behrend vertheidigt den von ihm vorgeschlagenen Zusatz-Paragraphen. Die Regierung habe gewiß nicht die Absicht gehabt, für die in dem Tarif von 1860 bezeichneten Waaren, als Steinkohlen, Leinen, Eisen, den damals vereinbarten niedrigen Satz jetzt wieder zu erhöhen. Eine ministerielle Erklärung sei aber nicht ausreichend, denn dieser Entwurf gehe auch andern Landesvertretungen in Deutschland zu und müsse eine präcise Fassung haben. — Es ist von dem Abg. Michaelis ein Unteramendment zu diesem eingebracht, welches in §. 1 des mit den folgenden Gesetzen hervorgehoben ist. — Abg. Behrend erklärt sich mit demselben, da es dieselbe Absicht, wie das seine verfolge, einverstanden, und zieht das seine zu Gunsten des Michaelis'schen zurück.

Der Regierungskommissar Delbrück: Die Regierung habe es nicht für nöthig gehalten, die Ausnahmebestimmung, die nicht berührt werden soll, in dem Gesetze zu erwähnen. Der Entwurf solle nicht den bestehenden Tarif aufheben, sondern nur eine Erleichterung der Einfuhr beabsichtigen. Gegen die Absicht, die das Amendement verfolge, habe die Regierung nichts einzuwenden, wohl aber gegen die Form desselben; dagegen stimme sie dem Unteramendment des Abg. Michaelis bei. — Die Diskussion ist geschlossen. — Referent Abg. Michaelis hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß der Gesetzentwurf nach der Ansicht der Kommission im Sinne des Amendements abgefaßt ist, möge Letzteres nun angenommen werden oder nicht. Er wolle sich also über dasselbe nicht erklären. — Abg. v. Sybel (persönliche Bemerkungen) ist in der Diskussion neben einer hohen Autorität, unbekannt, gestellt worden. Dieser hohe Unbekannte sei der hannoversche Beamte Friedrichs II., Prof. Klopp. Er freute sich über die ihm zugewiesene Gesellschaft, werde sich aber dadurch bei seiner Abstimmung über Nr. 2 des §. 2, wo von Pumpen und sonstigen Abfällen zur Papierfabrikation die Rede ist, nicht beeinflussen lassen. (Weiterkeit.) — Der §. 1 nebst Zusatz Michaelis, dann die §§. 2, 3, 4 (letzte ohne Diskussion) werden angenommen und endlich mit sehr großer Majorität der ganze Gesetzentwurf. Dagegen sind nur etwa 25 Stimmen. — Das Haus stimmt über die von der Kommission beantragte Resolution namentlich ab, und nimmt dieselbe mit 232 Stimmen gegen 26 an. — Auf Antrag des Abg. v. Sybel fällt die auf Dienstag anberaumte Sitzung aus und wird die nächste Sitzung Donnerstag, den 11., stattfinden. Tagesordnung: Militäretat. — Schluß der heutigen Sitzung 3 Uhr 20 Minuten.

Der Gesetzentwurf lautet nunmehr: §. 1. Die in dem Tarif B. zu dem Handelsvertrage zwischen dem Zollverein und Frankreich vom 2. August 1862 bezeichneten Gegenstände sollen, gleichviel, auf welchem Wege ihre Einfuhr erfolgt, zu den, durch diesen Tarif festgestellten Eingangsabgaben auch dann zugelassen werden, wenn sie nicht aus Frankreich herkommen oder dafelbst verfertigt sind. Den für die Einfuhr günstigeren Ausnahmestimmungen des Zolltarifs vom 27. Juni 1860 geschieht hierdurch kein Eintrag. — §. 2. Die Bestimmungen unter Nr. 24 in der zweiten Abtheilung des Zolltarifs vom 27. Juni 1860 (Gesetzesammlung 301) werden dahin abgeändert, daß 1) von alten Fischzegen, altem Tannwerk und Striden auch bei dem Ausgange über die Landesgrenze nur eine Abgabe von 10 Sgr. für den Centner, 2) von Pumpen und anderen Abfällen zur Papierfabrikation, von nicht reiner Seide, mit Einschluß von Makulatur und Papierpänen, und von Halbzeug bei dem Ausgange eine Abgabe von 1 Thlr. 20 Sgr. für den Centner zu entrichten ist. — Der Ausgange aller übrigen Waaren ist zollfrei. — §. 3. Die Regierung wird ermächtigt, die Eingangsabgaben 1) für Bier aller Art und Meth, in Fässern oder in Flaschen oder Krufen eingehend (Nr. 25 a. u. d. der zweiten Abtheilung des Zolltarifs vom 27. Juni 1860), bis auf einen den Betrag der inneren Steuer von der Bierbereitung um 8 Sgr. vom Centner übersteigenden Betrag zu ermäßigen, 2) für geschliffenes Spiegelglas, belegt oder unbelegt, gegossen oder geblasen, wenn das Stück über 288 Quadrat Zoll mißt (Nr. 10 d. 2 der zweiten Abtheilung des Zolltarifs vom 27. Juni 1860), entweder auf 4 Thlr. vom Centner oder auf 3/4 Sgr. für je 144 Quadrat Zoll Flächenraum festzusetzen. — §. 4. Die Vorschriften der §§. 1 und 2 treten gleichzeitig mit dem Handelsvertrage vom 2. August 1862 in Kraft. Durch königliche Verordnung kann jedoch bestimmt werden, daß die Vorschriften im §. 1 auf die Einfuhr aus einzelnen Ländern vorläufig keine Anwendung finden soll.

Die Resolution lautet also: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, folgende Erklärung abzugeben: Das Haus der Abgeordneten befindet sich in voller Uebereinstimmung mit der von der Königl. Staatsregierung abgegebenen Erklärung, daß sie auf dem Boden der Verträge vom 2. August d. J. beharre und demgemäß die definitive Ablehnung dieser von Preußen Namens und im Auftrage des Zollvereins verhandelten Verträge seitens einzelner Zollvereinsregierungen als den Ausdruck des Willens aufzufassen müsse, den Zollverein mit Preußen nicht fortzusetzen, und spricht demgemäß die Erwartung aus: die Königl. Staatsregierung werde, insofern einzelne Zollvereinsregierungen in ihrer abweichenden Haltung verharren sollten, diejenigen Maßnahmen treffen, welche notwendig sind, um die Reform des Zollvereinstarifs nach Maßgabe des Tarifs B. zum Handelsvertrage vom 2. August d. J. beim Ablauf der gegenwärtigen Zollvereinsverträge durchzuführen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 6. Septbr. [Der Nachfolger des „Pofrafa“] oder dessen Tochter, die „Cma“, ist wirklich erschienen, aber auch ziemlich arm an Witz, desto reicher an rückichtslosem Egoismus. Die Angriffe, die hauptsächlich einen bekannten Grafen Cäsar und einen mit ihm befreundeten Probst treffen, sind zumeist gegen das Spiel gerichtet. — [Nachtrag.] Der in der gestrigen Nummer unserer Zeitung erwähnte Einbruch in die Mädchen-Waschanstalt der barmherzigen Schwestern auf der Gartenstraße scheint ebenso wenig, wie die bisherigen dortigen Einbrüche in diebischer Absicht vorgenommen zu sein. Den polizeilichen Ermittlungen zu

Folge haben einige junge Burschen im Alter von 16—18 Jahren aus einem angrenzenden Hofgarten in der Baderstraße den Baum überstiegen in der Absicht, die Waschenmädchen in ihrer nächtlichen Ruhe zu stören. Unverwundet wurde aber diese nächtliche Ruhestörung dieses Mal größere Dimensionen an, indem von dem Hofgebäude der Waschanstalt aus, um die angeblichen Diebe zu vernehmen, ein Gewehr abgefeuert wurde. Dadurch wurde denn in der stillen Nacht (zwischen 1—2 Uhr) die ganze dortige Gegend alarmirt. Zum Verräther an den entflohenen jungen Leuten wurde ein Hund, welchen sie bei ihrer Expedition mitgenommen, und an einen Baum auf dem fremden Grundstück angebunden hatten. Bei der eiligen Flucht konnten sie den Hund nicht losbinden, und wurde bei der Durchsuchung des Gartens derselbe als der übrige rekonnostrirt, und als corpus delicti mit Beschlag belegt.

— (Jahrmärkteverlegung.) Der nach dem Kalender in der Stadt Gilehne auf den 6. und 7. Oktober d. J. angesetzte Jahrmarkt ist auf den 20. und 21. desselben Monats verlegt.

— (Gefundene Leiche.) Am 16. August wurde auf dem Wozniker Felde unweit der Gneisen-Polener Chaussee in einem Tuche der Leichnam eines neugeborenen Kindes gefunden; bis jetzt ist die Mutter des Kindes noch nicht ermittelt.

— (Defertionen.) Durch kriegsgerichtliches Erkenntniß wurden im vergangenen Monat 3 Musketiere von 2. Posener Infanterie-Regiment Nr. 19 in Posen wegen Defertion in contumaciam verurtheilt; alle 3 waren aus unserer Provinz und scheinen wohl nach Frankreich hin desertirt zu sein.

— Kosten, 5. Sept. [Unglücksfall.] In der Familie des Wirthes Melcher Kubiak zu Braunschweig, der im Ruße eines wohlhabenden Mannes stand, herrschte schon seit einiger Zeit Disharmonie zwischen dem Vater und den übrigen Familienmitgliedern; Vermögens- resp. Erbangelegenheiten sollen die nähere Veranlassung dazu gewesen sein. Am 3. d. M. war K. nach Schmiedel zum Wochenmarkt gefahren, woselbst zwischen dem K. und seinen beiden erwachsenen, aber noch unverheiratheten Söhnen ein heftiger Wortwechsel über Erbangelegenheiten stattgefunden hatte. Namentlich drangen die beiden Söhne mit ungehörlichen Aeußerungen seit einiger Zeit in den Vater, ihnen die Baarschaft des zu Hause sich befindenden Vermögens, oder auch einem von ihnen die selbstständige Verwaltung der Wirthschaft zu überlassen. K. war nicht gewillt, dem unzeitigen Verlangen seiner Söhne, die von der Mutter mehr begünstigt wurden, zu entsprechen. Beide Söhne hatten nun dem Vater den kindlichen Gehorsam gekündigt; auch die Ehefrau des K. lebte, um von ihrem Manne materielle Vortheile für die Söhne zu ertrogen, mit demselben in einem zerrütteten Verhältnisse. Dieses war im Dorfe allgemein bekannt. Am 3. d. besuchte den K. sein Schwiegerjohn aus Alt-Böhen; beide lebten in Freundschaft. K. klagte dem Schwiegerjohn sein Leid, namentlich auch, daß er befürchtete, seine eigenen Hausgenossen würden ihm den Kasten — wie gedroht — erbrechen und das ersparte Geld stehlen. K. fuhr nun mit seinem Schwiegerjohn nach Schmiedel und zahlte ein Kapital von 400 Thlrn. in die dortige Sparkasse ein. Nach ihrer Heimkehr aus S. waren beide in das Wirthshaus gegangen. Hier fanden sich auch die Söhne des Wirthes K. bald ein. Getrunken wurde im Wirthshause wenig; Kubiak war auch als Trinker nicht bekannt. Im Wirthshause kam es zwischen dem Vater und seinen beiden Söhnen wegen des Vermögens zu neuen Streitigkeiten, die mit Thätlichkeiten, deren der jüngere Sohn gegen seinen bejahrten Vater schuldig gemacht, endeten. Die beiden Söhne entfernten sich. K. gab seinem Schwiegerjohn, der nun auch den Heimweg antrat, das Geleit. Gestern früh wurde der Wirth Melcher Kubiak in einer Sandgrube, ungefähr tausend Schritte vom Dorfe, als Leiche aufgefunden. Die östliche Grenze dieser Sandgrube bildet eine steile Erhöhung von etwa 8—10 Fuß, der westliche Ausgang derselben endet im Wege von Braunschweig nach Alt-Böhen. Der unglückliche K. lag in der unmittelbaren Nähe, wo der kleine Bergabhang in der Sandgrube endet. Bei der gestern erfolgten gerichtlichen Besichtigung der Leiche ergab sich, daß dieselbe am Hintertheile des Kopfes eine Wunde, etwas über 1 Zoll lang und 3 Linien breit hatte. K. hatte in einer fogenannten Geldbörse, die um den Leib gegürtet war, noch eine Baarschaft von über 16 Thlr. bei sich. Der Staatsanwalt beantragte die Obduktion der Leiche und Vernehmung der Zeugen, zu welchem Zweck auch heute Nachmittag Termin ansteht. Die ärztliche Besichtigung der Leiche und nähere gerichtliche Ermittlung wird über die Art des Todes des Unglücklichen, worüber in der öffentlichen Meinung verschiedene Ansichten laut geworden, Aufschluß geben. Einen weiteren Bericht hierüber behalte ich mir vor.

* Krotoschin, 2. Sept. [Freisprechung.] Vor der Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts fanden heute der Probst Jarochowski, Graf Franz Wycicki, Gutsbesitzer St. Sycanicki und der Gutsbesitzer Moralewski aus Krotoschin wegen Zwißerhandels gegen die §§. 1, 4 und 14 des Gesetzes vom 11. März 1850. Die Angeklagten hatten vor der letzten Depurierung durch Jurekat im „D. poz.“ die Wahlmänner des Krotoschiner und Wycicki'schen Kreises nach Krotoschin zu einer Beratung eingeladen, ohne der Polizei davon Anzeige zu machen. Die Angeklagten vertheidigten sich selbst, indem sie nachwiesen, daß keine eigentliche Versammlung stattgefunden habe. Der Gerichtshof nahm dies auch an und sprach sie von Strafe und Kosten frei.

Wie vielerlei Mittel es auch für das Wachsthum der Haare giebt, so zeigt doch ihre Anwendung so gut wie gar keinen Erfolg. Democh giebt es ein Mittel, welches nicht nur obenbeschriebenen in gleiche Kategorie zu stellen ist, es ist dies die neue Erfindung des vegetabilischen Kräuterhaarbalsams *Extrait des cheveux* aus der Fabrik von *Gutter & Co.* in Berlin, Niederlage bei *Herrmann Moegelin* in Posen, Breslauerstraße Nr. 9, der durch eine Menge von Resultaten seine wirklich vortreffliche Wirksamkeit bewiesen hat, und daher für jeden Haarleidenden von besonderem Interesse sein muß.

So schreibt Ihre Durchlaucht die Prinzessin zu Bentheim-Tecklenburg:

Schloß Clarholz, den 1. August 1862. Da der *Extrait des cheveux* aus der Fabrik von *Gutter & Co.* in Berlin meinen Haaren sehr gut bekommen und von vortrefflicher Wirksamkeit ist, so erlaube ich Sie heute um nochmalige Zuführung von 2 Flaschen à 1 Thlr. mit beigefügter Rechnung. Ferner anerkenne ich *Vicomte de Lorange* in Remon: Ob Wohlgeboten! Nachdem ich streng nach Ihrer Vorschrift den Haarbalsam anwandte, ichien es mir, als wollte sich gar keine Wirkung zeigen, denn die erste Flasche blieb ganz ohne Erfolg; da bestätigte sich bald das Gegentheil; denn nachdem ich 3 Flaschen à 1 Thlr. verbraucht, weiß ich nichts mehr von kalten Stellen, und finde ich deshalb Veranlassung, Ihnen meinen pflichtgemäßen Dank abzugeben.

Angekommene Fremde.

Vom 6. September. SCHWARZER ADLER. Kaufmann Hübner aus Berlin, die Landwirthe Matczakowski und v. Ruzimowski aus Wlodocin. STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer Graf Grabowski aus Radomys, die Kaufleute Horvitz aus Bielefeld, Jarockowski aus Gnesen, Wolff und Konjul v. Bloom aus Straßburg, Fabrikbesitzer Zacharias aus Cöthen, Frau Rentier Fischer v. Treuenfeld aus Düsseldorf, königl. hauptverordneter Ober-Zollrath Bielemann und königl. hauptverordneter Regierungs-Kommissarius v. Bachelmann aus Stade. HOTEL DU NOUD. Gutsbesitzer v. Wofzickowski aus Beszow, Rentier Wolski aus Ropovot, Erzieherr Steinhausen aus Nechanowo, die Kaufleute Holenthal aus Hamburg, Gölterh und Wallmeier aus Berlin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die nachgenannten Bäcker werden im Monat September c. das Roggenbrot und die Semmel zu dem angegebenen schwersten Gewicht liefern.

1) **Roggenbrot à 5 Sgr.**
Ludwig Nowicki, Markt 71, 5 Sgr. — 1/2
Karl Brzozowski, Judenstraße 3, 5 Sgr. — 1/2
Wittwe Kofzjewski, Dronow 23, 5 Sgr. — 1/2
Görsta, Schroda 55, 5 Sgr. — 1/2
Joseph Görsta, Schroda 55, 5 Sgr. — 1/2
Woye, Elabojewski, Schroda 67, 5 Sgr. — 1/2
Joseph Kuchowski, Halldorfstr. 16, 5 Sgr. — 1/2

2) **Semmel à 1 Sgr.**
Joseph Kuchowski, Halldorfstr. 16, 15 Sgr.
Karl Brzozowski, Judenstraße 3, 15 Sgr.
Sigmund Bromberg, Leichgasse 5, 14 Sgr.
August Merkel, Gerberstraße 38, 14 Sgr.
Semi Rosenber, Wronerstraße 18, 14 Sgr.
Emil Thiedemann, Breitestraße 7, 14 Sgr.
Karl Mainwald, St. Adalbert 3, 14 Sgr.

Im Uebrigen wird auf die an den Backwaren-Verkaufsstellen ausgehängten Tagen Bezug genommen.

Posen, den 1. September 1862.
Königl. Polizei-Präsident.
v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

In das Firmenregister des unterzeichneten Gerichts ist unter Nr. 83 die Firma **Siegismund Millesky** und als deren Inhaber der Apotheker **Siegismund Millesky** zu Czempin zufolge Verfügung vom 2. September c. an demselben Tage eingetragen.

Posen, am 2. September 1862.
Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist nachstehende Eintragung erfolgt:

Nr. 94.
Bezeichnung des Firmeninhabers:
Kaufmann Karl Wilhelm Stuart in **Samter.**

Ort der Niederlassung:
Samter.

Bezeichnung der Firma:
C. Stuart.

Zeit der Eintragung:
Eingetragen zufolge Verfügung vom 4. September 1862 am 4. September 1862
(Alten über das Firmen-Register Bd. II. C. 26.)

Fischer, Kreisgerichts-Sekretär.
Samter, den 4. September 1862.
Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

In der Substitutionsfache des dem **Gustav v. Giezycki** gehörigen Vorwerks **Gozdawa** ist der zum

26. September c.
anberaumte Visitationstermin aufgehoben.
Trzemeszno, den 3. September 1862.
Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Verpflegungsbedürfnisse für die Gefangenen des unterzeichneten Gerichts, des Strobes und der Besen auf die Zeit vom 1. Januar 1863 bis ultimo Dezember 1863 soll an den Mindestfordernden überlassen werden. Wir haben zur Abgabe der diesfälligen Gebote einen Termin auf

den 29. Oktober 1862

Nachmittags 3 Uhr
im Hause Friedrichstraße Nr. 38 im Zimmer Nr. 3 vor dem Kreisgerichts-Sekretär **Edert** hier angelegt und laden Unternehmer dazu ein.

An Bietungsstationen werden 500 Thlr. verlangt. Die sonstigen Bedingungen können jederzeit während der Dienststunden in unserer Registratur eingesehen werden.

Posen, den 31. August 1862.
Königliches Kreisgericht.
Abtheilung für Strafsachen.

Aufgebot

eines verlorbenen Hypothekendokuments.

Ein Hypothekendokument der Gräfin **Katharina v. Wielzyńska**, vermählte Gräfin **v. Plater** über 15,114 Thlr. 10 Sgr. rückständige Kaufgelder, welche der Besitzer der Rittergüter **Jatzewo** und **Kobnis** Graf **Johann v. Wielzyński** auf Grund des gerichtlichen Theilungssatzes über den mütterlichen Nachlaß vom 3. Dezember 1853 an die genannte Gläubigerin zu zahlen hat, bestehend aus einer copia vidimata des Theilungssatzes vom 3. Dezember 1853 aus einem Hypothekensbuchauszuge aus dem Hypothekensbuch des Rittergutes **Jatzewo** vom 28. Dezember 1853, sowie einem Hypothekensbuchauszuge aus dem Hypothekensbuch des Rittergutes **Kobnis** vom 28. Dezember 1853, auf welchen die Post sub Rubrica III. Nr. 5 und resp. 10 eingetragen ist, ist angeblich verloren. Es werden daher die Gläubiger, deren Erben, Cessionarien, oder die sonst in ihre Rechte getreten sind, ferner alle diejenigen, welche an der aufgeführten Post oder die darüber ausgestellten Urkunden als Eigentümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefsinhaber Ansprüche haben, zur Anmeldung dieser Ansprüche zu dem auf

den 22. November c.
Vormittags um 10 Uhr
vor unserem Deputirten Herrn Kreisrichter **Woye** an hiesiger Gerichtsstelle anberaum-

ten Termine bei Vermeidung der Präklusion ihrer Ansprüche vorgeladen.

Wollstein, den 11. Juli 1862.
Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

In unserer Gemeinde ist die Stelle eines jüdischen Lehrers, der befähigt ist, Kindern den nöthigen Unterricht im Hebräischen zu erteilen, sofort zu besetzen. Der Gehalt ist bei freier Station und Wohnung 100 Thaler jährlich festgesetzt.

Qualificirte Bewerber wollen sich baldigst portofrei an uns wenden.

Bojanowo, den 4. September 1862.

Der Schulvorstand.
H. Landsberg. S. Valentin.

Bekanntmachung.

Die auf der Stargard-Posener Eisenbahn

genommenen, in Stargard lagernden Materialabgänge, bestehend in

altem Gußeisen,

= Schmiedeeisen,

= Schmelzeisen,

alten Bahnhölzern,

schmiedeeisernen Drehspähnen,

altem Eisenblech,

altem eisernen Radreifen,

= schmiedeeisernen Koffstaben,

= messingenen Siederöhren,

= Antimon-Weilagern,

altem Gußeisening,

= Messingblech,

= Federstahl,

altem Gußstahlblechern,

= Stahlbrocken,

altem Feilenstahl,

altem Gummiringen,

Glasbrocken,

sowie

eine Hobelmaschine

sollen in dem am

Montag den 15. September c.

Vormittags 10 Uhr

vor dem Unterzeichneten hieselbst anstehenden

Termine im Wege öffentlicher Submission an

den Meistbietenden verkauft werden.

Die Bedingungen, unter welchen dieser

Verkauf stattfindet, so wie Formulare für Ab-

gabe der Gebote — zugleich die Quantitäten

der Abgänge enthaltend — sind auf portofreie

Anträge in meinem Bureau, so wie im Bü-

reau des königlichen Ober-Maschinenmeisters

Herrn **Sammann** zu **Breslau**, gegen Er-

stattung der Kopialien zu beziehen; auch kön-

nen die zu verkaufenden Gegenstände vor dem

Termine hier in Augenschein genommen wer-

den. **Stargard, den 2. September 1862.**

Der königl. Maschinenmeister **Gruson.**

Bekanntmachung.

Bei der heute nach Vorschrift der §§. 8 und 9 des Nachtrages zum Statut der Stargard-

Posener Eisenbahngesellschaft stattgefundenen Auslosung der für das Jahr 1862 zur Amortisation

gelangenden 433 Stück Stammaktien der genannten Gesellschaft sind folgende Nummern gezogen

worden:

33, 160, 181, 265, 267, 359, 540, 819, 828, 1000, 1223, 1430, 1478, 1657, 1701, 1780,

1795, 2363, 2645, 2850, 2907, 2955, 3134, 3309, 3485, 3569, 3694, 4005, 4105, 4337,

4722, 4726, 5098, 5105, 5131, 5280, 5364, 5510, 5640, 5720, 5732, 5829, 5847, 5852,

6075, 6115, 6142, 6224, 6229, 6390, 6436, 6475, 6508, 6632, 6645, 6680, 6704, 6727,

6789, 6890, 6986, 7137, 7195, 7300, 7316, 7367, 7475, 7763, 7892, 7938, 7943, 8157,

8259, 8453, 8467, 8850, 8901, 8916, 8943, 9146, 9297, 9414, 9555, 9655, 9824, 9968,

10, 136, 10, 145, 10, 240, 10, 313, 10, 318, 10, 557, 10, 569, 10, 571, 10, 610, 10, 613, 10, 700,

11, 107, 11, 232, 11, 294, 11, 371, 11, 417, 11, 428, 11, 470, 11, 538, 11, 558, 11, 580, 11, 587,

11, 953, 12, 180, 12, 230, 12, 245, 12, 322, 12, 433, 12, 475, 12, 690, 12, 746, 12, 812, 12, 903,

13, 087, 13, 166, 13, 225, 13, 355, 13, 354, 13, 995, 14, 076, 14, 094, 14, 195, 14, 527, 14, 667,

14, 722, 14, 868, 14, 905, 15, 013, 15, 112, 15, 203, 15, 361, 15, 564, 15, 580, 15, 629, 15, 712,

15, 919, 15, 930, 15, 940, 16, 285, 16, 302, 16, 319, 16, 354, 16, 411, 16, 499, 17, 163, 17, 171,

17, 187, 17, 250, 17, 385, 17, 530, 17, 544, 17, 638, 17, 849, 17, 984, 18, 119, 18, 126, 18, 233,

18, 307, 18, 455, 18, 519, 18, 563, 18, 766, 19, 049, 19, 052, 19, 260, 19, 393, 19, 405, 19, 458,

19, 493, 19, 533, 19, 586, 19, 638, 19, 906, 20, 202, 20, 213, 20, 667, 20, 961, 20, 967, 21, 025,

21, 189, 21, 209, 21, 478, 21, 488, 22, 040, 22, 055, 22, 089, 22, 139, 22, 188, 22, 279, 22, 434,

22, 526, 22, 564, 22, 673, 22, 679, 22, 712, 22, 740, 22, 780, 22, 879, 23, 146, 23, 177, 23, 318,

23, 468, 23, 550, 23, 666, 23, 713, 23, 764, 23, 788, 23, 883, 23, 948, 24, 061, 24, 144, 24, 195,

24, 216, 24, 231, 24, 234, 24, 305, 24, 421, 24, 454, 24, 574, 24, 633, 24, 639, 24, 679, 24, 779,

24, 796, 24, 816, 24, 832, 24, 850, 24, 866, 25, 080, 25, 115, 25, 137, 25, 140, 25, 240, 25, 598,

25, 737, 25, 887, 25, 942, 26, 013, 26, 200, 26, 203, 26, 829, 26, 874, 26, 893, 27, 026, 27, 067,

27, 358, 27, 527, 27, 559, 27, 618, 27, 789, 27, 934, 28, 075, 28, 105, 28, 142, 28, 231, 28, 288,

28, 418, 28, 456, 28, 683, 28, 766, 28, 829, 28, 894, 28, 898, 28, 971, 29, 223, 29, 469, 29, 513,

29, 689, 29, 735, 29, 738, 29, 826, 29, 963, 30, 499, 30, 565, 30, 631, 30, 660, 30, 816, 30, 839,

30, 976, 30, 977, 31, 214, 31, 545, 31, 546, 31, 569, 31, 968, 31, 999, 32, 013, 32, 049, 32, 160,

32, 226, 32, 275, 32, 395, 32, 823, 32, 916, 32, 967, 32, 985, 33, 123, 33, 419, 33, 438, 33, 512,

33, 624, 33, 626, 33, 636, 33, 832, 33, 879, 33, 932, 33, 975, 33, 987, 34, 066, 34, 260, 34, 428,

34, 447, 34, 561, 34, 699, 34, 819, 34, 983, 35, 049, 35, 173, 35, 219, 35, 413, 35, 455, 35, 468,

35, 554, 35, 567, 35, 798, 35, 913, 35, 930, 35, 950, 36, 111, 36, 118, 36, 174, 36, 374, 36, 508,

36, 546, 36, 618, 36, 813, 36, 823, 36, 828, 37, 055, 37, 063, 37, 330, 37, 529, 37, 552, 37, 616,

37, 709, 37, 710, 37, 736, 37, 796, 38, 011, 38, 091, 38, 128, 38, 269, 38, 706, 38, 878, 38, 946,

39, 104, 39, 118, 39, 141, 39, 217, 40, 037, 40, 091, 40, 136, 40, 189, 40, 220, 40, 342, 40, 394,

40, 395, 40, 455, 40, 586, 40, 595, 40, 602, 40, 603, 40, 627, 40, 680, 40, 941, 40, 948, 41, 163,

41, 552, 41, 852, 42, 030, 42, 037, 42, 117, 42, 130, 42, 138, 42, 376, 42, 789, 42, 823, 43, 042,

43, 087, 43, 235, 43, 365, 43, 628, 43, 817, 44, 088, 44, 094, 44, 396, 44, 463, 44, 774, 44, 847,

45, 092, 45, 200, 45, 267, 45, 310, 45, 357, 45, 571, 45, 613, 45, 787, 45, 990, 46, 347, 46, 930,

47, 052, 47, 151, 47, 181, 47, 274, 47, 317, 47, 441, 47, 528, 47, 552, 47, 745, 47, 771, 47, 780,

47, 798, 47, 971, 48, 094, 48, 205, 48, 217, 48, 262, 48, 426, 48, 448, 48, 481, 48, 524, 48, 536,

48, 678, 48, 908, 49, 120, 49, 130, 49, 150, 49, 200, 49, 300, 49, 313, 49, 396, 49, 600, 49, 818,

49, 858, 49, 868, 49, 924, 49, 988.

Die Eigentümer der vorbezeichneten Aktien werden aufgefordert, dieselben

vom 15. Dezember d. J. ab

bei der königlichen Registrations-Hauptkass in **Stettin** gegen Empfang des Nennwerths à 100

Thlr. einzulösen.

Wir verweisen wegen der nachtheiligen Folgen nicht rechtzeitiger Einreichung der ausge-

loosten Aktien auf §. 19 des Statuten-Nachtrages, welcher zugleich bestimmt, daß der Inhaber

der gezogenen Aktien für den darin vorgeschriebenen Kapitalantheil mit dem Ablauf dieses

Jahres aus der Gesellschaft scheidet und von diesem Zeitpunkte ab seine bezüglichen Rechte auf

den Staat übergehen.

Gleichzeitig fordern wir mit Bezug auf die diesfälligen früheren Bekanntmachungen die

Eigentümer folgender, bisher nicht eingelöster Aktien:

1) aus der 11. Verlosung am 1. Juli 1859

Nr. 6100, 48,972, und 48,975.

2) aus der 12. Verlosung am 2. Juli 1860

Nr. 17,844.

3) aus der 13. Verlosung

Nr. 722, 1024, 1199, 2389, 2725, 2934, 3882, 3897, 4479, 5406, 7342, 8059,

8443, 8959, 12,749, 16,082, 16,082, 19,876, 20,253, 20,683, 21,881, 22,778,

24,688, 26,547, 26,552, 27,110, 27,195, 27,196, 29,594, 29,760, 30,902,

31,441, 32,586, 32,950, 34,861, 36,681, 36,719, 39,129, 39,200, 42,026,

44,400, 45,161, 46,086, 48,631, 48,706, 48,854, 48,896, 49,256, und 49,495,

erneuert auf, dieselben bei der königlichen Registrations-Hauptkass in **Stettin** einzulösen.

Breslau, den 1. Juli 1862.

Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Zur Vorbereitung für das

Porteépé-Fährnrichs-Examen

können zu jeder Zeit und zur Vorbereitung

für das

Examen des Einjährigen

Freiwilligen

können Anfangs Oktober d. J. beim Beginn

des neuen Kurses



F. A. Mehlhose, Berlin, Landsbergerstr. 78,

empfehlen die als vorzüglich anerkannten dunst- und geruchlosen

Patent-Luftflosets

Prinzip: Trennung des Urins von den übrigen Excrementen, Desinfection und Abführung der Gase durch Luftzug. **Fabrik und Lager: Berlin, Landsbergerstr. 78.**

Für die Provinz Posen habe ich zur Annahme von Aufträgen den Kaufmann Herrn **Jacob Mendelsohn** in Posen, Besitzer eines Möbelmagazins, autorisiert.

Unsere **Nouveautés** für die Herbstsaison sind in großer Auswahl eingetroffen.

Julius & Simon Lasch,
vorm. **Meyer Falk Nachfolger,**
Markt Nr. 57.

Die Papiertapeten-Fabrik

B. Burchardt & Söhne in Berlin,
Brüderstraße Nr. 19,

empfehlen **Papiertapeten** und **Borden** im neuesten Geschmack von 2 1/2 Sgr. an. **Reper** von 5 bis 18 Stück unter Anfertigungspreis. **Muster gratis.** — **Asphaltpapier** an feuchte Wände. Gut ausgetrocknete **Wachdecken** und bemalte **Fenster-Nouveaux** billigst.

Zur bevorstehenden Herbst-Verfur erlaube ich mir die in ganz Deutschland höchst berühmte **Kunst-Seidenfärberei** und **franz. Wasch-Anstalt** von

B. Wolferstein
in Berlin

bestens zu empfehlen. Die Kommanditen in Breslau, Stettin, Dresden, selbst in der künftigen Hauptstadt Hamburg beweisen, ohne anmaßend zu sein, hinlänglich, daß diese Kunstfärberei in jeder Hinsicht jeder Konkurrenz die Spitze bieten kann, da sie stets nur den besten Farbstoffe nebst feinsten Apperatur liefert, welches keiner weiteren Lobpreisung bedarf. Auch wird jedes Stück nur in **Reper** mit Apperatur kunstreich gefärbt, wodurch der gefärbte Stoff den Glanz, das Gefühl und die Eigenschaft der neuen seidenen Waaren erhält. Ebenso werden Tüllgardinen, Crepp de Chine und Chawls-Tücher sowie Garnituren in weiß wie neu gewaschen und in weiß aufgefärbt, auch ganze Kleider und Ballroben neu geputzt und moirirt und wird auf 2 Jahre für die Echtheit Garantie geleistet. Es empfiehlt sich daher zur Frankoabendung nach Berlin die Hauptagentur von

L. Kletschoff,
Kramersstraße 12.

Das Hauptdepot der Waldwoll-Fabrik von

H. Schmidt & Co.
in Remda am Thüringer Walde befindet sich bei

S. Tucholski,
Wilhelmsstr. 10.

Orientalischer Enthaarungs-Extrakt.

Ein sicheres und unschädliches Mittel zur Entfernung zu tief gewachsener Scheitel- und Nackenhaare. Für den nach 10 bis 15 Minuten eingetretenen Erfolg garantiert die Fabrik und zahlt im Nichtwirkungsfall den Betrag retour. Preis à Flacon 2 Sgr.

Alleinige Niederlage für Posen bei **L. Zudek & Co.,** Neuestraße 5.

Preisgekrönt auf der Londoner Weltausstellung 1862.

Empfehlenswerth für jede Familie!

Bei heißer Witterung sowohl zu Hause als auf der Reise kann nicht genug empfohlen werden, als:

gesund, angenehm, kühlend und erfrischend

Zuckerwasser

mit
„Boonekamp of Maag-Bitter“

von

H. Underberg-Albrecht,
am Rathhause in Rheinberg am Niederrhein,
Hoflieferant

Sr. Majestät des Königs von Preußen; Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Friedrich von Preußen; und mehrerer anderer Höfe.
NB. Ein Theelöffel voll meines „Boonekamp of Maag-Bitter“ genügt für ein Glas von 1/4 Quart Zuckerwasser.
Zu haben in Posen bei Herrn **Jacob Appel.**

Die erste Sendung frischen **Elbkaviars** empfangt **Jacob Appel,** Wilhelmsstr. 9, vis-à-vis Mylius Hotel.

Gesucht werden zur ersten Hypothek 3500 Thlr. auf ein Möbelengrundstück von 130 Morgen Flächeninhalt unter **J. Franke,** poste restante Grabow, Kreis Schildberg. **Preussische Lotterieloose** verendet billigst **Sutor,** Klosterstraße 37, in Berlin. **Lotterieloose** bei **Hille,** Schleuse 11 Berlin.

Eine Sournierschneidemaschine,

fast neu, ist billig zu kaufen Graben Nr. 2.

Neue Arbeitswagen

beliebiger Auswahl sind stets zum Verkauf beim Schmiedemeister **Heintze,** große Gerberstraße 53.

Eine Dreschmaschine

komplett, ist billig zu kaufen Graben Nr. 2.

Moderateur-Spar-Lampen von Oelspar-Tisch-Regulator-Schiebe- bis 25 Thlr., Thee- und Kaffeemaschinen, Tablette, einfach, wie reich decorirt, Berzeliuskessel nebst Lampen, Solinger Messer jeder Art, Eimer, Wannen, Vogelbauer, überhaupt alle in mein Fach schlagenden Artikel in bester Waare en gros wie en detail.

H. Klag.

Hülberg's Tannin-Balsamseife

empfehlen in einzelnen Stücken à 6 Sgr. **Adolph Asch,** Schlossstraße Nr. 5.

Lotterie.

Die Erneuerung der Loose zur III. Klasse 126 Lotterie muß bei Verlust des Anrechts spätestens am 12. d. Mts. erfolgen. Posen, den 5. September 1862.

Der Lotterie-Übernehmer **Fr. Bielefeld.**



Wohnung zu vermieten.

Im **Rosackischen** Grundstück **Königsstraße Nr. 2** Parterre drei Zimmer, eine Küche, Kammer, Herdstall und Remise, auch ohne letztere beide, sogleich zu beziehen. Das Nähere bei dem Administrator **Jobel,** Magazinsstraße Nr. 1.

Kanonienplatz 6 ist eine Remise, Herdställe und 1 Lagerkeller vom 1. Okt. c. zu verm. **Schügenstraße Nr. 1** Parterre rechts ist ein möblirtes Zimmer zu vermieten.

Berdyshower Damm Nr. 6 ist eine Parterre-Wohnung zu vermieten. Dasselbe bei Herrn **Wiele** zu erfragen.

Breslauerstraße Nr. 38 im ersten Stock sind 2 elegante Zimmer möblirt oder leer zu vermieten.

Kanonienplatz Nr. 3 im 2. Stock ist ein Zimmer nebst Kabinett zu vermieten.

Hamburg-Amerikanische Packetschiff-Aktien-Gesellschaft.

Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und New York

eventuell **Southampton** anlaufend:
Post-Dampfschiff **Borussia,** Capt. **Trautmann,** am **Sonnabend** den **6. September.**
Saxonia, **Giers,** am **Sonnabend** den **20. September.**
Bavaria, **Meier,** am **Sonnabend** den **4. Oktober.**
Teutonia, **Taube,** am **Sonnabend** den **18. Oktober.**
Hammonia, **Schwensen,** am **Sonnabend** den **1. November.**

Passagepreise: Erste Kajüte. Zweite Kajüte. Zwischen deck.
Nach **New York** Pr. **Erst. Zhr. 150,** Pr. **Erst. Zhr. 100,** Pr. **Erst. Zhr. 60.**
Nach **Southampton** Pr. **Erst. Zhr. 100,** Pr. **Erst. Zhr. 60,** Pr. **Erst. Zhr. 40.**
Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte und unter 1 Jahr 3 Zhr. Pr. **C.**

Die Expeditionen der obigen Gesellschaft gehörenden Segelpacketschiffe finden statt: nach **New York** am **15. September** per Packetschiff **Oder,** Capt. **Wingen,** am **1. Oktober** **Elbe,** Capt. **Boll.**

Näheres zu erfahren bei **August Bollen,** **Bm. Miller's Nachf.,** Hamburg, so wie bei dem für den Umfang des Königreichs Preußen konfessionirten und zur Schließung gültiger Verträge bevollmächtigten **Generalagenten**

H. C. Platzmann in Berlin, **Louisenplatz Nr. 7,** und dessen konfessionirten **Spezialagenten** **S. L. Scherk** in Posen, **Breitestraße Nr. 9.**

Wer ohne Kommissionair eine Stellung in allen Berufsweigen und in allen Chargen sicher erhalten will, der abonniere jeden beliebigen Tag auf die **Verfasser'sche Zeitung: „Befanden - Liste“** für Kunst, Wissenschaft, Handel und Gewerbe, da dieselbe in jeder wöchentlichen Nummer Hunderte von wirklich offenen Stellen ausführlich mittheilt. Das Blatt kostet bei sofortiger freier Zusendung nach allen Orten 1 Zhr. für 5 Nummern, — 2 Zhr. für 13 Nummern pränum. in **A. Metemeyer's** Zeitungs-Bureau in Berlin.

Als **Administrator** über ein bedeutendes Rittgut wird ein **erfahrener Landwirth,** mit guten Empfehlungen versehen, zu einer **annehmbaren und dauernden Anstellung** gesucht. — Auch sind wieder einige **gute Posten für jüngere Oekonomen** zu besetzen durch das landwirthschaftliche Placirungs-Institut von **Holz & Co.** in Berlin, **Fischerstraße 24.**

Eine befähigte und mit guten Empfehlungen versehene **Gouvernante** wird für eine vornehme Herrschaft, die im Winter in Berlin wohnt, unter sehr günstigen Bedingungen zu engagiren gesucht durch **Frau Dr. Helmuth** in Berlin, **Charlottenstraße 69.**

Ein junger Mann, der sich dem Postfache widmen will und die Sekunda einer Realschule oder eines Gymnasiums absolvirt hat, findet sogleich ein Engagement. Wo? wird die Exped. dieser Zeitung sagen.

Ein geübter **Büroangestellter** sucht **Tisch- u. Anzim, Distr. Komissar.**

Nachbar ordentlicher Eltern, welche die Tischlerei erlernen wollen, können sich melden bei **A. Bittmann,** Tischlermeister, **St. Adalbertstr. Nr. 9.**

Ein phil. cath., der hier die höheren Klassen eines Gymnasii vorbereitet, tüchtig musikalisch ist, das Englische geläufig spricht, und über seine bisherige Wirksamkeit als Hauslehrer die vorzüglichsten Zeugnisse nachweisen kann, sucht eine Hauslehrerstelle. Auskunft ertheilt Herr Professor **Dr. Gagnst** in Breslau, **Mathiasstraße 65.** Offerten unter **G. F. Daber** in Pommern.

Ein praktisch gebildeter Gärtner, Ende der zwanziger Jahre, unverheirathet, der lange Zeit in Berlin konditionirt und gute Zeugnisse besitzt, sucht eine seinen Kenntnissen angemessene Stellung. Nähere Auskunft ertheilt bereitwillig Herr Kunst- und Handelsgärtner **Jortzig** in Posen, **Graben Nr. 39.**

Bei **Gustav Rossmann** in Berlin erschien so eben und ist vorrätzig in der Buchhandlung von **Ernst Rehfeld,** Markt 77:

Mentzel und v. Lengerke's landwirthschaftlicher Kalender pro 1863. 2 Theile.

Preis in Kalifat geb. 22 1/2 Sgr., durchschossen 1 Zhr. = = = Leder geb. 1 Zhr., durchschossen 1 Zhr. 2 Sgr. 6 Pf.

Heymann's Terminkalender auf 1863,

a) für Justizbeamte, b) für Rechtsanwälte und Notare, eleg. gebunden 22 1/2 Sgr., durchschossen 27 1/2 Sgr., = = = Leder geb. 1 Zhr., durchschossen 1 Zhr. 2 Sgr. 6 Pf.

find soeben eingetroffen. Die **vervollständigten und überdies geordneten Ancienetatslisten,** nebst andern höchst brauchbaren Beilagen reichen diesen Kalendern zur besondern Empfehlung.

Buchhandlung von **Ernst Rehfeld** in Posen, Markt 77.

Bei **Louis Levit** in Bromberg erschien so eben, in Posen vorrätzig in der Buchhandlung von **Ernst Rehfeld,** Markt 77,

von Saenger-Grabow. Der Klee und dessen Anbau. 2. Aufl. Preis 10 Sgr.

Das Pflanzen und seine Grundsätze. Ein Beitrag zur Landwirthschaft von **W. v. S.,** Verf. der Schrift: „Ueber das Wesen der landw. Vereine.“ Preis 10 Sgr.

Bei **Gustav Rossmann** in Berlin erschien so eben und ist vorrätzig in der Buchhandlung von **Ernst Rehfeld,** Markt 77:

Mentzel und v. Lengerke's landwirthschaftlicher Kalender pro 1863. 2 Theile.

Preis in Kalifat geb. 22 1/2 Sgr., durchschossen 1 Zhr. = = = Leder geb. 1 Zhr., durchschossen 1 Zhr. 2 Sgr. 6 Pf.

Heymann's Terminkalender auf 1863,

a) für Justizbeamte, b) für Rechtsanwälte und Notare, eleg. gebunden 22 1/2 Sgr., durchschossen 27 1/2 Sgr., = = = Leder geb. 1 Zhr., durchschossen 1 Zhr. 2 Sgr. 6 Pf.

find soeben eingetroffen. Die **vervollständigten und überdies geordneten Ancienetatslisten,** nebst andern höchst brauchbaren Beilagen reichen diesen Kalendern zur besondern Empfehlung.

Buchhandlung von **Ernst Rehfeld** in Posen, Markt 77.

In **Cotta'schem** Verlag ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das geistliche Jahr.

Nebst einem Anhang religiöser Gedichte von

Annette v. Droste.

Zweite verbesserte Auflage. **Miniatur-Format.** Elegant gebunden mit Goldschnitt.

Preis Fl. 2 oder 1 Zhr. 1 1/2 Sgr.

Diese Lieder der verstorbenen Dichterin, die aus einem der berühmtesten streng katholischen Geschlechter Westfalens stammte, verbinden mit der heiligen Stillethierlichkeit authentischer Bilder, zumal der Köhler alten Schule und der Andachtspluth und edlen Einfachheit altdeutscher Weihnachts- und Osterlieder, auch das erwarrende Feuer der italienischen Lieder des h. Franziskus von Assisi oder der spanischen des Johannes de Deo. Sie sind streng katholisch und mahnen an die herrlichen alten Kirchenlieder. Es weht uns daraus an, wie aus dem uralten Frieden der Kirche, wie aus einer Zeit, die den Kampf um die göttlichen Dinge noch nicht kannte, wie Duft von Blumen aus einem noch nicht entweihten Paradiese. Jedem Fest- und Sonntage des Jahres ist sein eigenes Lied bestimmt. **Stuttgart.**

Am 19. d. M. findet hierelbst die Eröffnung der auf die Dauer von 14 Tagen bestimmten Ausstellung gewerblicher Erzeugnisse statt, mit welcher unter Mitwirkung der hiesigen und auswärtigen Sängers, Schützen- und Turnvereine an den Tagen vom 19. bis 21. d. M. Volksfestlichkeiten verschiedener Art verbunden werden sollen. Freunde des Gewerbewesens, des Sanges- und Schützenwesens und der edlen Turnerei werden freundlich zur Theilnahme eingeladen. Für angenehme Unterbringung beim unterzeichneten Komitee vorher angemeldeter Gäste wird gesorgt werden.

Pleschen, den 4. September 1862.

Das Festkomitee der gewerblichen Ausstellung. **Gregorovius, Hauslentner, Hänginger, S. Karminski, le Biseur, Liffner, Reiche, Rüdenburg Sommer, Vorwerk.**

Männer-Turnverein. Die Mitglieder werden zu der am **Sonnabend den 6. September** stattfindenden gefelligen **Zusammenkunft** eingeladen und ersucht, ihre Lieberbücher mitzubringen. **Der Vorstand.**

Kirchen-Nachrichten für Posen. **Kreuzkirche.** Sonntag, 7. September Vorm. 10 Uhr: Herr Oberprediger **Klette.** Nachm. 2 Uhr: Herr Pastor **Schönborn.**

Vertrifische. 1) Betriegergemeinde. Sonntag, 7. September früh 9 Uhr: Herr Konfistorialrath **Dr. Goebel.** (Abendmabl.) Abends 6 Uhr: Bericht über die **Nürnberg-Haupt-Verammlung** des **Gustav-Adolph-Vereins.** Herr Militär-Oberprediger **Borl.** Sonnabend, 6. September Nachm. 2 Uhr: Vorbereitung zum heil. Abendmabl. Mittwoch, 10. September Abends 6 Uhr: Herr Konfistorialrath **Dr. Goebel.**

2) Neustädtische Gemeinde. Sonntag, 7. September Vorm. 11 Uhr: Herr Konfistorialrath **Carus.** (Abendmabl.) Freitag, 12. September Abends 6 Uhr: Herr Konfistorialrath **Carus.**

Garnisonkirche. Sonntag, 7. Sept. Vorm. 10 Uhr: Herr Militär-Oberprediger **Borl.** **Ev. lutherische Gemeinde.** Sonntag, 7. September Vorm. 1/10 Uhr: Herr Pastor **Böhringer.** Nachm.: Derselbe. Freitag, 12. September Abends 1/8 Uhr: Herr Pastor **Böhringer.**

Familien-Nachrichten. Heute Morgen verschied meine liebe Frau **Mathilde geb. Poritz** nach der Entbindung von einer geliebten Tochter. **Posen,** den 6. September 1862.

F. Nadek, Musikmeister im 1. Westpr. Grenad. Reg. Nr. 6.

Todes-Anzeige. Gestern Abend 6 Uhr starb unser innigstgeliebter Gatte, Vater und Bruder, der hiesige Bürger und Schornsteinfegermeister **Johann Franz Fijbach.**

Dies zeigen tiefbetrübt hiermit an **die Hinterbliebenen.** Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittags 5 Uhr statt. **Posen,** den 6. September 1862.

Auswärtige Familien-Nachrichten. Verlobungen. Tifist: Frä. Clara Lebegott mit dem Kaufmann **Welsch.** Berlin: Frä. Camilla Fald mit dem Dr. **G. Neumann.** Schlieben: Frä. Marie Steinhardt mit Hrn. Behrendt. Köln: Frä. Marie v. Puttkammer mit dem Hrn. Victor v. Gersheim. Bresla: Frä. Anna Dietrich mit dem **Diakon Albin.** Dresden: Frä. Margaretha v. Wilmuda mit dem Hrn. v. Puttkammer-Panjin. Berlin: Frä. Elisabeth Staack mit dem Hrn. Wurzel.

Verbindungen. Berlin: Fräul. Alma Winter mit dem Hrn. **Abler.** Melochwis: Frä. Pauline v. Wiedom mit dem Hrn. **Reut.** Baron v. Bodt-Hermisdorf. Düsseldorf: Frä. Jenny von und zu Calosfflein mit dem Hrn. **A. d. v. Winterfeldt.**

Geburten. Ein Sohn: dem Hrn. **Lejeune** in Guben, dem Geh. Finanzrath **Schartow,** Herrn **Simon,** Herrn **S. Pinfuß** und dem Wirkl. Geh. Oberfinanzrath **Horn** in Berlin.

